



HEIMATBRIEF

DER DANZIGER KATHOLIKEN

MIT DEN AMTLICHEN BEKANNTMACHUNGEN
DES APOSTOLISCHEN VISITATORS

Diesmal in Verbindung mit dem Rundbrief der Adalbertus-Jugend (WIR, Sept. 1971)

Hildesheim · 22. Jahrgang · Nummer 9 · September 1971 · **1 N 20 640 E**

Preis: 1,- DM monatlich

Adalbertus-Werk e.V. und Adalbertus-Jugend



**Das 25.
Gementreffen**

in Bildern und Berichten

Zum 25. Male trafen sich vom 30. Juni bis 5. Juli 1971 Danziger Katholiken auf der Burg Gemen. 1947 wurde hier die Gemeinschaft der Danziger katholischen Jugend ausgerufen, als sich fast 500 Jugendliche aus dem Bistum Danzig zum ersten Male nach der Vertreibung auf der Burg zusammenfanden. Damals war die Freude des Wiedersehens die Mitte des Treffens, doch sandten Danziger katholische Jugendliche schon von ihrem ersten Treffen ein brüderliches Grußwort an die polnische kath. Jugend in ihrer Heimat. Die 23 Treffen, die jenem ersten jährlich folgten, haben in ihrer Thematik immer deutlicher gezeigt, daß Danziger Katholiken ihren Beitrag leisten wollen für den Ausgleich zwischen den Völkern und den Frieden in der Welt. Auch Gemen '71 war in diesem Geiste ausgestaltet. Versöhnungswollen heißt aber nicht, geschichtliche Fakten einfach hinzunehmen, sondern zu prüfen, zu urteilen und dann erst zu handeln. Gemen '71 war in diesem Sinne auch eine kritische Bestandsaufnahme und ein Wegweiser für die Auseinandersetzung mit den weltanschaulichen Prozessen, in die ein jeder von uns tagtäglich einbezogen wird:

Die Freiheit verantworten



Festreferent zum Tagungsthema: „Die Freiheit verantworten“ war Heinrich Köppler Mdl

»Ostpolitik unter dem Gesichtspunkt der Freiheit«

Gehalten auf der Jugendburg Gemen am 1. 7. 1971 anlässlich der Tagung des Adalbertus-Werkes und der Adalbertus-Jugend

Prof. Buchheim gab zunächst einen Rückblick auf die Jahre 1945-48 und zeigte an Hand einer Analyse der sowjetischen Politik in diesen Jahren die zwangsläufig sich ergebende Teilung Deutschlands. Während die Sowjetunion immer wieder politische und wirtschaftliche Mitsprache in den Westzonen forderte und zu erreichen versuchte, lehnte sie kategorisch jedes Gespräch über die von ihr in ihrem Einflußbereich durchgeführten Maßnahmen ab. So kam es, um die Freiheit der Deutschen wenigstens in den Westzonen zu erhalten, zur Teilung Deutschlands. Unsere Aufgabe ist es, die rechtsstaatliche Demokratie in der Bundesrepublik auszubauen und gegen den Radikalismus von Rechts bzw. Links zu verteidigen.

Das Prinzip Freiheit hat höheren Rang als das Prinzip Einheit, Einheit in Unfreiheit unter der Oberherrschaft der Sowjetunion können wir jederzeit haben. Unser Wille und unser Anspruch auf Wiedervereinigung in Freiheit müssen erhalten bleiben, wir können nicht darauf verzichten — die DDR tritt sonst in unseren Anspruch in ihrem Sinne ein, wie die Präambel und der Artikel 1 der Verfassung der DDR von 1968 zeigen. In diesem Zusammenhang wies der Redner auch auf den Deutschlandvertrag von 1954 hin (Artikel 7).

Was verstehen wir unter Freiheit? Der Redner gab sieben Merkmale für die Freiheit an:

1. Es gibt keine für alle Staatsbürger verbindliche Ideologie.
2. Es gibt keine öffentlich sanktionierte Unterscheidung von Guten und Bösen, z. B. im Verhältnis zum Fortschritt.
3. Strafrecht, bürgerliches Recht sind lediglich formale Regeln des Zusammenlebens. Die Rechtsordnung dient nicht als Erziehungsinstrument.

4. Es gibt keinen öffentlichen Zwang außer dem gesetzlichen.

5. Es gilt allgemein die freie Meinungsäußerung, auch des sog. kleinen Mannes auf der Straße.

6. Gerichtsentscheidungen, Maßnahmen der Regierungen usw. erfolgen nicht nur im Rahmen der Gesetze, sondern müssen auch zumutbar für alle sein.

7. Es gilt die Freiheit des gesellschaftlichen Zusammenschlusses in eigener Verantwortung der sich Zusammenschließenden. Der Raum der Öffentlichkeit wird von solchen Gruppen, Gemeinschaften mitbestimmt, z. B. auch von den Kirchen.

Diese Freiheiten sind ohne Regeln und ohne Macht, sie zu erhalten, nicht präsent.

Auf die Verträge eingehend wies der Redner auf die unterschiedliche Interpretation der Begriffe „Sicherheit“ und „Frieden“ durch uns bzw. die Sowjetunion hin. Sie werden geradezu manipuliert zwecks Erweiterung des Einflußbereiches der Sowjetunion: Sicherheit bedeutet Wohlverhalten der Nachbarn der Sowjetunion, in einem Vertrag haben sie sich dazu zu verpflichten, und Wohlverhalten bedeutet, das eigene politische System an das der Sowjetunion anzugleichen, was in ganz kleinen Schritten geschehen kann. Prof. Buchheim sprach in diesem Zusammenhang von einer Penetrationspolitik der Sowjetunion.

Wir haben den Auftrag, für Sicherheit und Frieden einzutreten, wir müssen aber wissen, was unsere Gesprächspartner darunter verstehen und uns darauf einstellen, sonst führt Verständigung zum Verlust an Freiheit.

Der Beifall und die Diskussion zeigten die einmütige Zustimmung zu dem mit großem Engagement und für alle verständlich vorgetragenem Referat.

d. k.



Auch in diesem Jahr fand in Gemen ein kleines Priester-treffen statt

Donnerstag, 1. Juli 1971, 16 Uhr

Arbeitskreis 1:

Die Verträge von Moskau und Warschau

Referent: Prof. Dr. Hans Buchheim, Mainz

Leitung: Studiendirektor Edmund Neudeck, Hagen

Herr Neudeck begrüßte die zahlreich erschienenen Anwesenden und den Referenten. Das Interesse an diesem Arbeitskreis war sehr groß, die Beteiligung ließ erkennen, daß es dem Referenten schon am Vormittag gelungen war, die Zuhörer für sein Thema einzunehmen.

Der Referent sprach einleitend vom Vertrag von Moskau. Die Bemühungen der CDU-Regierung Erhardt um bessere Beziehungen mit der Sowjetunion reichen schon Jahre zurück. Die Friedensnote vom 25. 3. 1966 nennt die wichtigsten Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben mit der Sowjetunion, macht gezielte Abrüstungsvorschläge und unterbreitet das Angebot eines Gewaltverzichts. Auch Adenauer hat schon am 22. 10. 1955 in London zu gegebenem Anlaß eine Gewaltverzichtserklärung abgegeben.

Das Unterfangen der SPD/FDP-Regierung, zu besseren politischen Beziehungen mit der Sowjetunion zu kommen, ist also nicht originell.

Wenn die Sowjetunion von Gewaltverzicht spricht, so schließt dies ein, daß die Bundesrepublik bestimmte politische Vorstellungen der Sowjetunion erfüllt und auf ihre eigenen politischen

Rechte teilweise verzichtet, denn: wichtige Begriffe, die das Vertragswerk nennt, werden im Westen und Osten unterschiedlich interpretiert. Da die Begriffsinhalte beider Vertragspartner differieren, sind in den Vertrag wesentliche Vorstellungen der Sowjetunion eingeflossen.

Die Regierungserklärung von Brandt (1968) spricht von einer Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Westmächten, aber von einer Verständigung mit dem Osten. Im Moskauer Vertrag ist jetzt auch von Zusammenarbeit die Rede.

In Art. 3 des Moskauer Vertrages wird ausgeführt, daß sämtliche europäische Grenzen unverletzlich seien. Die Sowjetunion stellt hier den Anspruch, Garantmacht für alle Grenzen in Europa zu sein. Die Bundesregierung pflichtet ihr bei und stärkt dadurch die politische Einflußnahme der Sowjetunion in dem Hegemonialbereich der Westmächte.

In Art. 4 des Moskauer Vertrages wird versichert, daß alle Rechte und Verpflichtungen aus anderen bestehenden Verträgen weder verletzt noch aufgehoben werden. Dagegen steht der Art. 7 des Deutschland-Vertrages. Er

enthält eine andere politische Konzeption.

Punkt 10 des Bahr-Papiers spricht von der beabsichtigten Sicherheitskonferenz. Auch hier hat sich die Regierung Brandt/Scheel unnötigerweise politisch verpflichtet.

Die Zukunft wird zeigen, welche der beiden Konzeptionen (Friedensvertrag; reale Lage) siegt. Die Sowjetunion geht von der heutigen, realen Lage aus, z. B. der jetzigen europäischen Grenzen. Der Westen spricht von Grenzregelungen in einem noch abzuschließenden Friedensvertrag. Der Gedanke dieser rechtlichen Verpflichtung auf den Friedensvertrag darf nicht ausgeräumt werden, sonst ist den Alliierten die Zuständigkeit entzogen. Die Sowjetunion hat noch am 21. 1. 1967 in einem Memorandum ausgeführt: solange kein Friedensvertrag abgeschlossen ist, gilt die alliierte Zuständigkeit. Auch der Warschauer Vertrag bestätigt das Potsdamer Abkommen.

Das unverzichtbare Recht jedes Staates auf Selbstbestimmung ist im Moskauer Vertrag für die Bundesrepublik leider ungenügend geregelt. Die Einräumung nur des politischen Zieles auf Selbstbestimmung, das der Bundesrepublik vertraglich gewährt wird, ist im Vergleich zu bestehendem Recht zu wenig.

In der Diskussion wurde die Besorgnis laut, daß der Moskauer Vertrag für die Bundesrepublik ungünstige, ja gefährliche politische Auswirkungen hat. Es wurde gefragt, welches der Grund für die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel sei und warum ihre Diplomatie hektisch verlaufe. Einige Teilnehmer meinten, die Regierung wolle die gleichen politischen Erfolge mit dem Osten aufweisen können, wie sie seinerzeit Adenauer mit den Westmächten erzielt habe. Ho



Prof. Dr. Hans Buchheim

Die sudetendeutsche Frage

Nachdem die Verträge von Moskau und Warschau ausgehandelt worden waren, bemühte sich die Bundesrepublik um einen vertraglichen Ausgleich mit der CSSR.

Bevor Staatssekretär Franke nach Prag geschickt wurde, konsultierte man zum ersten Male zu solchen Gelegenheiten vier Vertreter der Sudetendeutschen. Daß dieses nicht ohne Proteste der tschechoslowakischen Handelsmission blieb, ist verständlich, um so erfreulicher ist es, daß Staatssekretär Franke die Verhandlungen sehr geschickt geführt hat. Zur Zeit sind sie festgefahren. Das hängt mit dem Münchener Abkommen zusammen.

Um die geschichtlichen Hintergründe dieses Abkommens und seiner Folgen aufzuzeigen, hier ein Auszug aus den Unterlagen, die uns der Referent zu diesem Thema gab; beginnend mit 1919, nachdem Österreich-Ungarn zerschlagen war und die Nationalstaaten gebildet wurden.

DOKUMENTE zur sudetendeutschen Frage

1919 Josef Seliger (sudetendeutscher Sozialdemokrat) zur Gründung der CSR

Worum es sich handelt, das ist nicht, wie es die tschechischen Staatsmänner zu sagen beliebten, das gleiche Recht der Bürger, sondern dieses Problem ist das gleiche Recht der Völker, das gleiche Recht der Nationen. Und wir möchten die Tschechen an ihre eigene Geschichte im alten Österreich erinnern.

Worum haben sie denn gekämpft? Um das gleiche Recht der Bürger? Mein Gott! Sie hatten so gut das Recht, Minister zu werden, wie die Deutschen, und sie sind es auch geworden. Aber das war ja nicht die Sache, um die es in Wirklichkeit gegangen ist, sondern der Kampf war ja auch im alten Österreich ein Kampf um die Einführung der Nationen in die Konstruktion dieses Staates, um die Konstituierung der Nation als Rechtssubjekt.

1926 Oktober/November Beginn des sudetendeutschen Aktivismus:

Erklärung des Abgeordneten Windirsch im Abgeordnetenhaus

Zum ersten Mal seit dem Bestand des Staates sieht das sudetendeutsche Volk Vertretung in der Regierung.

Wenn wir uns zu gemeinsamer Arbeit eingefunden haben, so bewegt uns hierzu aber auch die gebieterische Notwendigkeit der Sicherung des Lebens, das heute für weite Schichten der Bevölkerung durch kritische Verhältnisse mannigfacher Art gefährdet ist. Wir erwarten vom heutigen Regime, daß ehrliche Initiative und gute Führung der Staatsgeschäfte völkische Not lindern und beseitigen und jene Aufgaben lösen werden, die aus wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gründen auf erprobten Grundlagen zu bereinigen sind. Wir wollen dabei mit-helfen.

1931 Kommunistische Haltung zur Sudetenfrage

Protokoll des VI. ordentlichen Parteitages der KPC

Für die gegenwärtige Phase des Kampfes um die Befreiung der unterdrückten Nationen aus dem nationalen und sozialen Joch in der Tschechoslowakei stellt die KPC folgende Hauptthesen auf:

Gegen die Besetzung des deutschen Teiles von Böhmen... durch die imperialistische Tschechische Bourgeoisie und deren Räumung von Organen der tschechischen Okkupationsmacht. Für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur Losreißung vom Staate.

1938 März 28/28 Protokoll über die Unterredung zwischen Konrad Henlein und Adolf Hitler

Henlein hat dem Führer gegenüber seine Auffassung folgendermaßen zusammengefaßt: Wir müssen also immer so viel fordern, daß wir nicht zufriedengestellt werden können. Diese Auffassung bejahte der Führer.

1938 Mai 30 Neue Fassung der „Studio Grün“ Weisung Hitlers als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht an die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachts-teile

Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen. Den politisch und militärisch geeigneten Zeitpunkt abzuwarten oder herbeizuführen, ist Sache der politischen Führung. Der Propagandakrieg muß einerseits die Tsch. durch Drohungen einschüchtern und ihre Widerstandskraft zermürben, andererseits den nationalen Volksgruppen Anweisungen zur Unterstützung des Waffenkrieges geben und die Neutralen in unserem Sinne beeinflussen. Nähere Anweisungen und die Bestimmung des Zeitpunktes behalte ich mir vor.

1938 September 14 Bericht des englischen Beobachters, Lord Runciman

Es ist bitter, von einem fremden Volk beherrscht zu werden, und mein Gesamteindruck geht dahin, daß die tschechoslowakische Herrschaft in den sudetendeutschen Gebieten während der letzten 20 Jahre zwar keine direkte Bedrückung dargestellt hat und auch sicher nicht „terroristisch“ gewesen ist, dennoch aber als taktlos, verständnislos und kleinlich bezeichnet werden muß, und dies in einem Ausmaß, welches die allgemeine Meinung der deutschen Bevölkerung unweigerlich in die Richtung offenen Widerstandes treiben mußte. Den Sudetendeutschen war auch klar, daß ihnen seitens der tschechoslowakischen Regierung in der Vergangenheit zwar eine Menge versprochen worden war, daß aber nichts oder nur sehr wenig hiervon in Erfüllung gegangen ist. Ich bin daher der Ansicht, daß diese Grenzbezirke von der Tschechoslowakei unverzüglich an Deutschland übertragen werden sollten.

1938 September 15 Geheime Anweisung des Staatspräsidenten Benes an den tschechoslowakischen Sozialfürsorgeminister Necas betr. Abtretung sudetendeutscher Gebiete

1. Niemals zugeben, daß gesagt werden könnte, dieser Plan stamme von den Tschechoslowaken.
2. Alles äußerst geheim halten. Veröffentlichlich werden darf nichts.
3. Das Übereinkommen mit den Franzosen und Engländern über die genaue Abgrenzung des Gebietes, das wir abtreten könnten, muß völlig geheim bleiben, weil sonst Gefahr besteht, daß die andern Hitler alles geben, wenn sie erst einmal wissen, daß wir den Grundsatz angenommen haben;
4. Der Plan würde bedeuten, daß Deutschland so und so viel qm unter der Bedingung erhält, daß es wenigstens 1½–2 Millionen der deutschen Bevölkerung übernimmt. Dies würde eine Ortsverlagerung der Bevölkerung bedeuten, wobei Demokraten, Sozialisten und Juden bei uns bleiben würden.
5. Der fertige Plan ist als unsere letzte Konzession anzusehen und muß Hitler notfalls aufgezwungen werden.
6. Eine andere Regelung wäre unmöglich, da sich ansonsten die Frage nach der Aufteilung des Staates stellen würde. Aus diesem Grund ist der ganze Gedanke höchst gefährlich und es wäre katastrophal, wenn er leichtfertig ans Licht gelangt.
7. Achten Sie darauf, daß niemand etwas erfährt; man könnte sonst versuchen, Sie in diesem Zusammenhang der Illoyalität zu zeihen.
8. ... Eine Volksabstimmung ist technisch, politisch und rechtlich unmöglich. Weisen Sie an Hand der Karte ferner darauf hin, wie die deutsche Position und auch unser Staat im Fall eines Plebiszits aussehen würden.

1938 September 18 Protokoll über die britisch-französischen Besprechungen betr. Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen

Die Teilnehmer einigten sich dahin, daß der Tschechoslowakei die Abtretung dieser Gebiete vorzuschlagen sei. Auf eine Frage Chamberlains, ob Daladier etwas über die vermutliche Haltung der Tschechoslowakischen Regierung sagen könne, erwiderte der französische Ministerpräsident:

„...daß er zwar nichts Endgültiges sagen könne, jedoch meine, daß die tschechoslowakische Regierung einem solchen Vorschlag beistimmen dürfte, falls man auf Prag unter Hinweis auf die vorhandenen Schwierigkeiten und die Notwendigkeit, einen Teil der Sudetengebiete aufzugeben, in freundschaftlicher Form einen Druck ausübe“.

1938 September 19 Note der Regierungen von Großbritannien und Frankreich an die Regierung der CSR

5. Die britische und französische Regierung erkennen an, daß die tschechoslowakische Regierung für den Fall ihrer Bereitschaft, auf die vorgeschlagene Maßnahme einzugehen, die die allgemeinen staatlichen Verhältnisse einer wesentlichen Änderung unterwirft, Sicherungen für die Zukunft zu verlangen das Recht besitzt.

6. Die beiden Regierungen wären daher bereit, sich im Bestreben, dadurch zur europäischen Befriedung beizutragen, zwecks Erteilung einer internationalen Garantie der neuen Grenzen des tschechoslowakischen Staates gegen einen nichtprovzierten Angriff zu vereinigen. Eine der hauptsächlichsten Vorbedingungen für eine solche Garantie wäre, daß die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei in Zukunft durch eine allgemeine Garantie gegen unprovzierte Angriffe gewährleistet werden würde, die an die Stelle derzeit bestehender Verträge zu treten haben würde, durch welche gegenseitige Verpflichtungen militärischen Charakters festgelegt worden sind.

*1938 September 29/30
Das Münchner Abkommen*

Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind hinsichtlich der Abtretung des Sudetendeutschen Gebietes... über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen und erklären sich für dieses Abkommen einzeln verantwortlich für die zur Sicherung seiner Erfüllung notwendigen Schritte:

1. Die Räumung beginnt am 1. Oktober.

2. Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbarten, daß die Räumung des Gebietes bis zum 10. Oktober vollzogen wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen, und daß die tschechoslowakische Regierung die Verantwort-

ung dafür trägt, daß die Räumung ohne Beschädigung der bezeichneten Einrichtungen durchgeführt wird.

3. Die Modalitäten der Räumung werden im einzelnen durch einen internationalen Ausschuß festgelegt, der sich aus Vertretern Deutschlands, des Vereinigten Königreiches, Frankreichs, Italiens und der CSR zusammensetzt.

4. Die etappenweise Besetzung des vorwiegend deutschen Gebietes durch deutsche Truppen beginnt am 1. 10.

1938 März 14/15 Aussage des politischen Referenten von Staatspräsident Hacha, Dr. Kliment, über die Unterredung in Berlin

Er habe sich entschlossen, die tschechischen Länder von 6 Uhr früh angefangen durch die Wehrmacht zu besetzen, damit so der Frieden in Mitteleuropa sichergestellt wird. Er fügte hinzu, daß sein Entschluß unveränderlich sei. Dann ist zu Dr. Hacha Göring getreten und sagte ihm: „Mein Amt ist schwer, ich habe gar nichts gegen Ihre schöne Stadt, wenn Ihr aber gegen den Entschluß des Führers irgend etwas machen wollt, besonders, falls Ihr versuchen solltet, Hilfe von Westen zu erlangen, wäre ich gezwungen, der Welt die hundertprozentige Wirksamkeit meiner Luftwaffe zu zeigen.“ Dr. Hacha teilte seiner Begleitung weiter mit, daß er erst nach dieser weitgehenden Drohung, die an die ganze Nation gerichtet war, sich entschieden habe, die ihm vorgelegte, bereits fertige Erklärung betreffend den Schutz der tschechischen Länder und des tschechischen Volkes durch den Kanzler des Deutschen Reiches zu unterschreiben.

*1942 August 5
Kündigung des Münchner Abkommens
Erklärung des britischen Außenministers im Unterhaus*

Da Deutschland bewußt die Übereinkünfte, die im Jahre 1938 hinsichtlich der CSR getroffen worden waren

und an denen die Regierung I. M. beteiligt war, gebrochen hat, betrachtet sich die Regierung I. M. als frei von allen Bindungen in diesem Zusammenhang.

Schreiben des Generals de Gaulle an den Vorsitzenden der tschechoslowakischen Exilregierung

„...Ich beehre mich, der tschechischen Regierung mitzuteilen, daß das französische Nationalkomitee... In Verwerfung der in München am 29. 9. 1938 unterzeichneten Übereinkommen feierlich erklärt, daß es diese Übereinkünfte als null und nichtig betrachtet, ebenso wie alle Akte, die in Anwendung oder in Konsequenz dieser Übereinkünfte durchgeführt worden sind.

1945 August 2 Potsdamer Abkommen

Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn:

Die drei Regierungen haben die Frage in ihren Aspekten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll. Da der Zustrom der großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der Alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll.

1950 August 4 Wiesbadener Abkommen zwischen dem Tschechischen Nationalausschuß und der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen

4. Beide Teile lehnen die Anerkennung einer Kollektivschuld und des

Die sudetendeutsche Frage war Thema des Arbeitskreises 2; Referent (im Hintergrund): Herr Adolf Kunzmann



aus ihr fließenden Rachedankens ab, sie verlangen aber die Wiedergutmachung der Schäden, die das tschechische Volk und das sudetendeutsche Volk erlitten haben und die Bestrafung der geistigen Urheber und der ausführenden Organe der begangenen Verbrechen. Diese Maßnahmen erscheinen beiden Teilen notwendig, weil die Geschehnisse der letzten Jahrzehnte ein freundschaftliches Nebeneinanderleben beider Völker unmöglich machen, solange die jetzige Generation lebt, weil sie an der Begehung der Verbrechen an Gut und Leben unmittelbar beteiligt war, entweder als Täter oder als Opfer und weil sie auf beiden Seiten die Erinnerung an diese Ereignisse nicht auslöschen könnte, auch wenn sie es wollte, wenn sich nicht ihr wertvoller Teil von den Verbrechen trennt. Die Durchführung dieser Maßnahmen sollte nach Ansicht beider Teile durch die eigenen Volksgenossen erfolgen, die Verbrechen sind ja nicht nur gegen das andere, sondern auch gegen das eigene Volk begangen worden, dessen Ruf und Ansehen in den Augen aller anständigen Menschen schwer geschädigt wurden.

*

Wir alle kennen die Forderung Prags, das Münchner Abkommen soll von Anfang an (ex tunc) für ungültig erklärt werden. Hieraus ergeben sich aber folgende Rechtsfragen:

1. Die Sudetendeutschen wären heute noch Bürger der CSSR. Alle sudetendeutschen Soldaten, die während des II. Weltkrieges in der deutschen Wehrmacht dienten, wären Partisanen.

2. Alle nach dem Zeitpunkt des Münchner Abkommens abgeschlossenen Kaufverträge, notariellen Verträge u. ä. wären ungültig.

3. Alle Steuern, die nach dem 1. 10. 1938 von den Sudetendeutschen an das Deutsche Reich bezahlt wurden, sind rechtmäßig an die CSSR zurückzahlen, da die Bundesrepublik ja auch der rechtmäßige Nachfolgestaat des deutschen Reiches ist.

4. Für die durch die Abtrennung des Sudetenlandes verlorengegangenen Industriegebiete der CSSR muß die Bundesrepublik finanziellen Ersatz leisten.

Der Referent ging nun auf die heutige Situation nach dem Sturz der Reformer um Dubcek ein. Die wirtschaftliche Lage ist schwierig. Eine allgemeine Resignation hat sich ausgebreitet. Um diese wirtschaftliche Talsohle zu überwinden, kämen der Regierung die oben erwähnten Zahlungen sehr recht.

Die Zuhörer dankten dem Referenten durch herzlichen Beifall, da er es verstanden hatte, dieses schwierige Problem ohne Emotionen darzulegen, was ja nicht immer leicht ist.

F. M. Neudeck

Prof. Lenz-Medoc



Das Grundrecht der Freiheit und seine Verwirklichung heute

Herr Prof. Lenz-Medoc bezeichnete zu Beginn seines Vortrags die individuellen Freiheitsrechte, wie sie als Grundrecht der menschlichen Freiheit durch das Bonner Grundgesetz ausgesagt sind. Grundrecht und Grundgesetz dürften nicht verwechselt werden. Am Grundrecht der Freiheit der Person darf nichts geändert werden. Die persönliche Glaubensüberzeugung, das Gewissen, das religiöse Bekenntnis müssen unangetastet bleiben und sind nicht, wie im „Dritten Reich“ geschehen, durch „gesetzliche Ungesetzlichkeit“ zu beschränken. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Schutz des Briefgeheimnisses, Freizügigkeit in der Wahl des Wohnortes und des Berufes, freie Verfügung über das Eigentum und der Besitz der Staatsangehörigkeit sind im Grundgesetz gewährleistet, aber zwischen den Zeilen können wir lesen, daß im Grundgesetz garantierte Freiheiten, z. B. Pressefreiheit und Eigentumsfreiheit, durch Gesetze eingeschränkt werden können. Auch die Freiheit der Person kann gesetzlich entzogen werden, wenn Freiheiten anderer Personen verletzt worden sind. Freiheit ist stets an das Grundrecht gebunden und beruht auf der *Würde des Menschen*, wie im ersten Artikel über die Grundrechte im Bonner Grundgesetz ausgedrückt ist: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Worin besteht die Würde des Menschen?

Für unsere Zeit kann man das nicht mehr allgemein – wie früher – bewußt machen. Nur die Gewissensfreiheit läßt noch den Bezug auf die Würde des Menschen erkennen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik, in einer bestimmten Atmosphäre nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur geschaffen, verdeutlicht noch in der Präambel durch den ersten Satz „... Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen...“ die Meinung der Gesetzgeber, daß Gewissen ohne Gott nicht möglich ist. Der Redner wies in diesem Zusammenhang auf die Darstellung Gott Vaters und Adams am Nordportal der Kathedrale von Chartres hin, in der die Ebenbildlichkeit Gottes als Würde des Menschen Ausdruck gefunden hat. Aber man muß heute fragen: wer ist noch gläubig? – Aufgabe des Staates ist es, im Inter-

esse der individuellen Freiheitsrechte ebenso Überzeugungen der Gläubigen wie auch der Gottesleugner gesetzlich zu schützen. In der ersten Verfassung der Französischen Revolution werden die Freiheitsrechte – als ein Teil der Verfassung – als Menschenrechte erklärt. Diese sind aber auch schon vorher in der Unabhängigkeitserklärung der Amerikaner (1776) und in der Magna Carta der Engländer (1215) ausgedrückt. Das Grundrecht der Freiheit wird in dieser Hinsicht besser als das Menschenrecht der Freiheit zu verstehen sein, das eine Erweiterung des Begriffes darstellt. Die Freiheit der Person ist erst ermöglicht worden durch die christliche Offenbarung.

Eine wesentlich andere Auffassung von der Freiheit haben die Philosophen des griechischen Altertums bezeugt. Ihr Freiheitsbegriff hat mit unserem Begriff der Freiheit nichts zu tun. Die Freiheit, die sie meinten und die im Altertum auch von den Herrschenden gegenüber den Sklaven vertreten wurde, ist die Freiheit vom Zwang zur körperlichen Arbeit, während für den Christen auch der Sklave als freie Person existiert, und so auch die körperliche Arbeit zur Würde des Menschen gehört. St. Benedikt hat diese in seiner Mönchsregel als „brüderliche Freiheit“ verstanden. Der hl. Augustinus – so meinte Prof. Lenz-Medoc – sei in dieser Hinsicht „noch nicht ganz Christ gewesen“. Nach der Augustinerregel können Vornehme von der körperlichen Arbeit befreit werden.

Durch das Gesetz hat der moderne Staat den Schutz der Freiheit übernommen. Der Staat ist frei vermöge seiner Souveränität. Aber der Staat als „Rechtsstaat“ sind wir selbst. Wir bestimmen mit, was durch das Gesetz dem Menschenrecht gemäß ist. Einen totalitären Staat gibt es erst, wenn die Gewissensfreiheit ausgeschaltet wird.

Bei der Erklärung der Menschenrechte seitens der UNO in Paris war der damalige Nuntius Roncalli, der spätere Papst Johannes XXIII., zugegen. Viele hatten ihm abgeraten, in der „Gesellschaft der Gottlosen“ mitzuwirken. Aber Roncalli wollte für die Christen gewährleisten wissen, Gott zu

bekennen. 52 Tage vor seinem Tode hat Papst Johannes XXIII. in seiner Enzyklika „Pacem in terris“ das Menschenrecht der personalen Freiheit betont. Das Maß der Freiheit steht in der Diskussion zwischen Kirche und Welt. Freiheit ist nicht uferlos, sondern — wie bereits erwähnt — gebunden an die Würde des Menschen. „Frösche sind nicht frei, auch Kaninchen nicht, nur wo das Wesen Mensch ist, da ist Freiheit“.

Woher weiß man, so fragte Prof. Lenz-Medoc, daß der Mensch frei ist. Es gibt keine rechte Auffassung von der Freiheit, wenn unsere Auffassung vom Menschen nicht in Ordnung ist. Wenn man z. B. sagt, das Kind sei Teil des Körpers der Frau, dann ist in einem solchen Verständnis des Menschen auch die Freiheit zweifelhaft. Max Scheler hat schon vor Jahrzehnten bedeutet, der Mensch wisse nicht mehr, was der Mensch ist. Wenn man wie im „Dritten Reich“ z. B. die Juden „als Ungeziefer“ unter den Menschen betrachtet oder gar Menschen als „Krankheit der Natur“ versteht, dann müßte man Friedr. Wilh. Förster zustimmen, der das Nietzsche-Wort „Gott ist tot“ als den Tod Gottes in den Seelen der Menschen gedeutet hat.

Über Gott und den Menschen gibt es heute sehr verschiedene Meinungen. Über das Gewissen kann man keine mathematischen Gesetze aufstellen. Das Gewissen wird von Wertvorstellungen bestimmt — wie z. B. denen der Wahrheit und der Gerechtigkeit. Diese Werte sind Grundbedingung der Freiheit. Weil man — wie Pilatus — nicht mehr weiß, was „Wahrheit“ ist und was „Werte“ bedeuten, die verwirklicht werden wollen, kann ein Sartre behaupten: „wir sind zur Freiheit verdammt“. *Freiheit muß verantwortet werden.*

Prof. Lenz-Medoc stellte dann der Welt der Werte die nach eigenen Ge-



Prof. Lenz-Medoc
bekannt als engagierter Interpret der
„Grundrechte der Freiheit“

**„Freiheit und
Verantwortung
in der Kirche“
— so lautete
das von Prof.
Dr. Stephanus
Pförtner OP
(auf dem Bild
links) vorgetra-
gene Referat**



setzen funktionierende Welt der Technik gegenüber. Die Technik hat in den Menschen materielle Lebensbedürfnisse außerordentlich gesteigert. In unserer Konsumgesellschaft stellen sich die Manager der Wirtschaft auf die Macht der Technik ein. Ansprüche auf die Erfüllung ungezügelter Wünsche und Süchte werden in unserer Gesellschaft mit dem Namen der Freiheit bezeichnet. „Mit einem Spatzenhirn kann man nicht bestimmen, was Freiheit ist.“ Es gibt keine Freiheit ohne Kontrolle.

Der Referent erweiterte diese Aspekte der modernen Gesellschaft im Hinblick auf die mißverstandene Freiheit mit einer Reihe von anschaulichen Beispielen. Er erwähnte u. a. die Gefahren der Rauschgiftsucht, die Verschmutzung der Umwelt, die unheilvolle Begriffsverwirrung in der Sprache, die Einbrüche in den Intimbereich des Menschen, die Nivellierung der Gesellschaft. Ganz besonders zeigte er den Verlust der Ehrfurcht vor dem Heiligen im sakralen Raum der Kirche auf. Gesetze der Soziologie dürften nicht auf die Kirche übertragen werden. Ein Grundgesetz, wie es im demokratischen Staat besteht, sei in der Kirche unmöglich. Die Kirche hat ihren Auftrag der Heilsverkündigung für die Welt im Gehorsam gegenüber ihrem Herrn zu erfüllen.

Zum Schluß betonte der Redner die Notwendigkeit der religiösen Bildung. Die Besinnung auf die Grundlagen der Freiheit mache es notwendig, ganz wach zu leben, unsere Sprache und unsere Gefühle zu überwachen. Partnerschaft, Toleranz, Respekt, Liebe — das sind Werte, die mitüberlegt werden müssen, wenn man Freiheit will. Wir können sagen:

„Wie frei einer ist, so frei wird auch die Gesellschaft sein, wie gebunden einer ist, so gebunden wird auch die Gesellschaft sein, woran einer gebunden ist, entscheidet über Glück und Unglück der Gesellschaft.“

Das mit lautloser Spannung aufgenommene Referat von Herrn Prof. Lenz-Medoc war wieder ein Höhepunkt der Gementagung und regte mit Fragen aus dem Hörerkreis zu ergänzenden Aus-

führungen über den Begriff der Freiheit, die Begründung der Würde des Menschen und das Verhältnis des Menschenrechts zum Naturrecht an. Daß der Mensch sich nicht nur in einem höheren Grade, sondern wesentlich vom Tier unterscheidet, kam in bedeutsamen Antworten von Prof. Lenz-Medoc über die Entscheidungsfreiheit zum Ausdruck: „Der Mensch kann prinzipiell Nein sagen“, und was das Tier auch nicht vermag — „der Mensch kann lächeln“.

J. B.

Freitag, den 2. Juli 1971, 16 Uhr:

Arbeitskreis 1: Die Berlin-Frage

Fortsetzung des AK vom Vortag

Leitung: E. Neudeck

Als konkretes Beispiel für die Schwierigkeiten der Ostpolitik und der mangelnden Übereinstimmung in dem, was „Ausgehen von der realen Lage“ bedeutet, erwies sich das Berlin-Problem. Die Teilnehmer waren der Überzeugung, daß die Bundesregierung durch die vorschnelle Unterschrift unter die Verträge sich der Möglichkeit beraubt hat, die in den Verträgen benutzten Begriffe zu klären und wenigstens eine ausreichende Übereinstimmung in der Interpretation solcher Begriffe wie „reale Lage“, „Sicherheit“ zu erreichen. Besonders starke Bedenken wurden gegen das Durcheinander in den Aussprüchen der Regierungsmitglieder und der die Koalition tragenden Parteien in bezug auf die Bundespräsenz ausgesprochen. An der Frage der Akkreditierung eines sowjetischen Generalkonsulates wurde die Kompliziertheit des Berlinproblems, aber auch die Gefahren für die Freiheit der Westberliner deutlich. An der Lösung der Berlin-Frage wird deutlich werden, ob die Sowjetunion echte Entspannung oder Erweiterung seines Einflüßbereiches durch sog. Entspannung will. N.

Mitgliederversammlung des Adalbertus-Werkes

Nach altem Brauch hatte das Adalbertus-Werk während der diesjährigen Gementage wieder zur Mitgliederversammlung eingeladen. Nachdem die Anwesenden sich an der Kaffeetafel gestärkt hatten, konnte der 1. Vorsitzende Herr E. Neudeck die aus Anlaß des 25. Gementreffens besonders zahlreich erschienenen Mitglieder willkommen heißen. Ein besonderer Gruß galt unserem Oberhirten, Herrn Prälat Prof. Dr. Wothe, dem mit uns Danziger Katholiken eng verbundenen Herrn Pfarrer Lambertz von St. Peter in Düsseldorf, Herrn Prof. Dr. Stephanus Pfürtner und Herrn Prof. Lenz-Medoc.

Den Geschäftsbericht erstattete Herr Nitschke, auf dessen Schultern nun schon seit Jahren die gesamte Organisations- und Planungsarbeit liegt. Die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Bildungsarbeit ist beachtlich. Die Referate befaßten sich mit kulturellen und politischen Fragen, bezogen auf die alten ostdeutschen Gebiete, auf Osteuropa (Rußland/Polen) und die DDR.

Dankbar wurde die Unterstützung unserer Arbeit durch das Gesamtdeutsche Institut mit Referenten und Filmen erwähnt.

Beabsichtigt ist auch fernerhin, möglichst in allen Bezirken Zusammen-

künfte zu organisieren. Auch die Begegnungstreffen mit dem Apostolischen Visitator sollen weiter durchgeführt werden.

Den Kassenbericht erstattete erstmalig Herr Tucholski, der seit einem Jahr die Kassengeschäfte führt. Die Aufwands- und Ertragsrechnung für 1970 zeigt folgendes Bild:

Verwaltungskosten	3594,92 DM
Tagungskosten	18038,37 DM
Rücklage zur Vorfinanzierung von Tagungen	2197,45 DM
	<u>23830,74 DM</u>
Zuschüsse aus öffentlicher Hand	9635,- DM
Eigenmittel für Tagungen	6473,- DM
Mitgliederbeiträge und Spenden	7491,57 DM
Zinserträge	231,17 DM
	<u>23830,74 DM</u>

Auf Antrag wurde sowohl dem Kassenführer als auch dem Vorstand Entlastung erteilt. Der Vorsitzende hob die Wichtigkeit der Aufbringung eigener Mittel hervor. Die Höhe dieser Beträge ist entscheidend dafür, ob und in welcher Höhe wir Mittel der öffentlichen Hand erhalten. Da die staat-

lichen Zuschüsse immer geringer werden, müssen wir entsprechend höhere Eigenmittel aufbringen. Nur so können wir künftig arbeitsfähig bleiben. Auf die pünktliche Überweisung der Mitgliedsbeiträge und die Werbung neuer Mitglieder kann nicht oft genug hingewiesen werden.

Herr Neudeck dankte den Berichtserstatter für ihre im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit. Mit Dankesworten gedachte er auch der Arbeit der Referenten und aller Mitarbeiter, nicht zuletzt der Tätigkeit von Fräulein Salewski, ohne die unser Büro nicht lebensfähig wäre. Mit Wehmut nahm die Versammlung von einem Brief des allseits verehrten Professors Dr. Manthey an den Vorsitzenden Kenntnis, demzufolge er krankheits halber nicht mehr so wie bisher einsatzfähig sein werde. Spontan wurde beschlossen, ihm in einem Grußschreiben die Wünsche für baldige Genesung zu übermitteln. Pfarrer Lambertz, der mit seiner Schwester erschienen war, bedauerte, daß er erst am Samstag nach Gemen kommen konnte. Mit von Herzen kommenden Worten gedachte er unseres verstorbenen Heimatbischofs Dr. Carl Maria Splett, der bis zu seinem Tode in St. Peter in Düsseldorf ständig zelebriert und das Pontifikatamt in der Christnacht eingeführt hat. Die jetzigen Christmessen werden in seinem Sinne fortgeführt. Ein herzliches Band verbinde ihn auch mit den Nachfolgern des Bischofs, dem inzwischen ebenfalls verstorbenen Prälaten Dr. Behrendt und dem jetzigen Apostolischen Visitator Prälat Prof. Dr. Wothe. Seine Verbindung mit Danzigern datiere aber nicht erst seit dieser Zeit. Als Soldat während des letzten Krieges in Marienwerder besuchte er häufig Danzig und Oliva.

Zu dem Tagesordnungspunkt „Planung“ machte Herr Nitschke auf die staatspolitische Tagung in Walberberg am 4./5. September aufmerksam, die diesmal auf die russische Kultur und Politik ausgerichtet ist und zu der versierte Referenten erscheinen werden. Weitere Zusammenkünfte folgen am 9. 9. in Bielefeld, am 11./12. September in Fulda (kulturelle Tagung), ebenfalls im September in Hamburg, im Oktober in Bremen, am 10. 10. in Köln, am 17. 10. in Freiburg, im November in München, Mülheim und Münster, im Dezember in Hildesheim. Das Gementreffen 1972 wird wahrscheinlich vom 26. 7. bis 31. 7. stattfinden. Zu allen Veranstaltungen erscheinen noch recht-



Dr. Stachnik
mit der Positio über Dorothea von Montau



Prof. Dr. Wothe
nach Empfang der Positio über Dorothea von Montau

zeitig Ankündigungen in unserem Heimatblatt; außerdem erhalten die Regionalmitglieder noch persönliche Einladungen.

Herr Prälat Dr. Wothe machte Ausführungen über das „Komitee der Danziger Katholiken“. Acht Mitglieder sind bekanntlich bereits durch die kürzlich vorgenommene Wahl gewählt worden. Zu weiteren Mitgliedern, die zu berufen sind, wurden jetzt Frau Maria Regina Hoppe und als Jugendvertreter Herr Georg Trendel und Frau Monika Schulz geb. Wienhold bestätigt. Der 12. Platz im Komitee soll für Berlin reserviert bleiben. Die Konstituierung, die Wahl eines Vorsitzenden und die Annahme einer Verfassung werden demnächst erfolgen.

Worte des Dankes widmete der Apostolische Visitator bei dieser Gelegenheit dem leider nicht anwesenden Prälaten Dr. Richard Stachnik, der für die Organisation der Danziger Katholiken in den vergangenen 25 Jahren so viel geleistet hat.

Zu dem Tagesordnungspunkt „Änderung der Satzung“ kündigte der Vorsitzende an, daß ein neuer Entwurf der nächsten Mitgliederversammlung in Gemen vorgelegt werden wird. Die jetzige Satzung hat sich in einigen Punkten als nicht „praktikabel“ erwiesen.

Mit Dankesworten an die Teilnehmer für ihr Erscheinen und an alle Mitarbeiter und Helfer für ihre Arbeit für und in Gemen wurde die Tagung beendet.
A. P.



Man hörte von Gemen, und kam mit der ganzen Familie



Gibt es da etwas kostenlos? Vorbereitung am Sonntag für das Kindertheater



Ein Besuch im Tierpark
Was hat denn da unsere Jugendsprecherin in der Hand?



Diese Ruhepause ist wohl sehr angebracht gewesen, da ja bekanntlich die Gemen-Tage sehr schlauchen

Jahreshauptversammlung der Adalbertus-Jugend

Am 3.7.71 fand in Gemen die Jahreshauptversammlung der Adalbertus-Jugend statt. Es waren 49 Jugendliche anwesend, von denen 36 stimmberechtigt waren. Die Tagesordnung sah folgende Punkte vor:

1. Begrüßung durch den Jungensprecher Franz-Martin Neudeck
2. Verlesung der Satzung der AJ vom 13./14. 12. 69
3. Feststellung der Stimmberechtigten

Nach der Satzung sind alle Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren stimmberechtigt.

4. Jahresberichte



Jahreshauptversammlung:
Die „Prominenz“ gut gemischt

Als erstes gab unsere Geschäftsführerin Charlotte Neumann die Finanzlage bekannt.

Dann folgte die Verlesung der Treffen von Oktober 70 bis Juni 71.

● 10./11. 10. 70 in Hagen:

- a) Können wir ein Beispiel geben? Gedanken eines jungen Erwachsenen zur Arbeit der AJ
- b) Die Verträge zwischen der UdSSR und der BRD von 1939 bis 1970

● 5./6. 12. 70 in Godesberg:

- a) Was bedeutet es heute, Christ zu sein?
- b) Der Adventsgedanke in der heutigen Zeit. Was bedeutet er für die Jugend?

● 6./7. 2. 71 Karnevalstreffen in Düsseldorf:

- a) Filme aus und über Polen mit anschließender Diskussion

b) Danzig—Gdansk, Zankapfel zwischen Deutschland und Polen

● 22./23. 5. 71 in Iserlohn:

- a) Der chinesische Kommunismus
- b) Das Grundgesetz der Kirche

5. Rundbrief „Wir“

Die Redaktion des Rundbriefes bat noch einmal um die Mitarbeit der Jugendlichen. Sie berichtete für alle, die nicht so gut über ihre Arbeit informiert waren, ausführlich über die Entstehung dieses Teams, über seine Arbeitsweise und die Schwierigkeiten, die sich manchmal bei der Redaktionsarbeit ergeben haben. Als dritter Punkt wurde der Brief des Teams an die Verantwortlichen des „Heimatbriefes“ vorgelesen.

Die Jugendredaktion WIR ist bereit, nachdem die Führung der Adalbertus-Jugend mit Herrn Prälat Wothe gesprochen und die Zusage erhalten hat, die Jugendbeilage würde auch in Zukunft ein Bestandteil des „Heimatbriefes“ bleiben, unter folgenden Voraussetzungen die Redaktion aufrechtzuerhalten:

1. Wir können nicht garantieren dafür, daß alle Artikel, die in WIR erscheinen werden, grundsätzlich von jedem „Zündstoff“ frei bleiben. Wir sind der Meinung, die Jugend müsse in der ihr gemäßen Sprache sprechen und Probleme zum Ausdruck bringen können, die in der Jugend heute akut sind.
2. Die vier Seiten der Jugendbeilage sollten in Zukunft voll der Jugend zur Verfügung stehen.
3. Die Redaktion des Jugendteiles wird in Absprache mit der Führung und dem Jugendseelsorger erfolgen. In ihrer Gesamtheit zeichnen sie verantwortlich für das, was in dem Jugendteil erscheint.
4. Bei etwaigen für die Zukunft auftretenden Schwierigkeiten wende man sich grundsätzlich an die Führung der Jugend.
5. Das Redaktionsteam bittet um ein Freiexemplar des „Heimatbriefes“.



Bei der Jahreshauptversammlung der Adalbertus-Jugend

**Das
Gementreffen
1972
findet vom
26. bis 31. Juli
statt.**

Bitte vormerken!

6. Wahl der Jugendsprecher

Die Jugendsprecher Gabriele Resmer und Franz-Martin Neudeck traten, da ihre zweijährige Amtszeit abgelaufen war, zurück. Als Kandidaten für die Neuwahl wurden Gabriele Lorenz, Monika Schulz, Martin Dinges und Franz-Martin Neudeck aufgestellt. Es folgte eine Personaldebatte. Bei der Wahl für die Mädchensprecherin ergab sich folgendes: von 36 abgegebenen Stimmen waren 2 Enthaltungen, 34 für Monika Schulz. Bei den Jungen ergab sich ein ähnlich klares Ergebnis: 1 Stimme ungültig, 2 Enthaltungen, 2 für Martin Dinges und 31 für Franz-Martin Neudeck. — Die neuen Sprecher Monika und Franz-Martin Neudeck wurden mit einem tosenden Applaus in ihr Amt „eingeführt“.

7. Vorplanung 71/72

Um die Geschäftsführerin Charlotte Neumann von ihrer viel zu großen Arbeit zu entlasten, wurde geplant, die folgenden Treffen jeweils von verschiedenen Arbeitskreisen vorbereiten zu lassen. Diese Arbeitskreise sollen sich in den Städten bilden, in denen einige Jugendliche aus der AJ zusammenwohnen.

8. Verschiedenes

Die Anwesenden wurden gefragt, was sie an den Gementreffen zu kritisieren und was zu loben hätten. Bei dieser Umfrage ergab sich, daß die meisten fast „wunschos glücklich“ waren. Als Anregung wurde nur gebracht, die Diskussionen nach den Referaten erheblich auszudehnen.

Der letzte Punkt war die Wahl der Jugendvertreter in den Bistumsrat. Von den Vertretern Georg Trendel und Monika Schulz mußte letztere ihr Amt aufgeben, da Führungskräfte von der Wahl ausgeschlossen sind. Als Ersatz für Monika wurde Dorothe Trendel gewählt.

Charlotte Löbsack

4
JULI

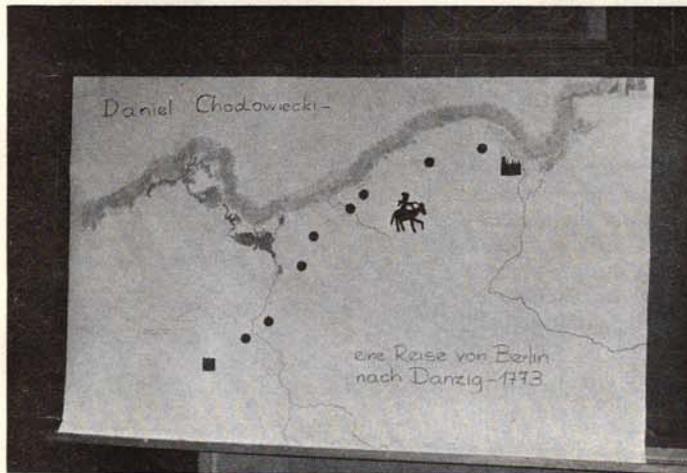
Festliche Stunde '71

Die Festliche Stunde des Jubiläumstreffens erhielt ihren Rang nicht von außen. Die neugewählte Sprecherin der Adalbertus-Jugend, Monika Schulz geb. Wienhold, brauchte keine „Großen“ aus Staat und Kirche zu begrüßen. Dafür aber saßen ihr rund 250 junge und alte Teilnehmer gegenüber, von denen nicht wenige erstmals in Gemen dabei waren. Mitten unter ihnen weilte unser Apostolischer Visitator Prälat Prof. Dr. Franz Josef Wothe, und von den diesjährigen Referenten Prof. Paulus Lenz-Medoc, der uns durch seine Arbeit und häufige Teilnahme „zum Freund geworden ist“, wie es die Sprecherin formulierte. Es waren eben die da, die wirklich zu uns nach Gemen gehören oder gehörten: neben der großen Familie der Danziger Katholiken zählen dazu vor allem die Leitung der Burg, Verwalter Hans Leenen mit Gattin und Rektor Suwelack, der von seinen Amtsvorgängern Propst Franz-Josef Hugenroth und Generalvikariatsrat Willi Im Winkel begleitet war. Außerdem war die Schwesterngemeinschaft der Adalbertus-Jugend, Die Junge Grafschaft (Glatz) durch ihren Sprecher Güttler vertreten.

Der Vorsitzende des Adalbertus-Werkes, Edmund Neudeck, hob in einer kurzen Ansprache hervor, wel-



Die Festliche Stunde wurde durch „Daniel Chodowieckis Reise nach Danzig“ eingeleitet. Leitung der Kindergruppe: Ingrid Neudeck



Daniel Chodowieckis Reise kartographisch dargestellt

chen Bildungsauftrag die Gemeinschaften der Danziger Katholiken in den vergangenen Jahren erfüllt hätten. Ein Beispiel für die Breite der Arbeit sei die der Festlichen Stunde vorangegangene Veranstaltung des Festtages „Daniel Chodowiecki – eine Reise nach Danzig im Jahre 1773“ gewesen, in der die Erwachsenen aus dem, was die Kinder aus ihrem Gemenprogramm vortragen, manches gelernt hätten. Die Festliche Stunde wurde insbesondere

zu einer Stunde des Dankes. Der Bildungsreferent des Adalbertus-Werkes, Gerhard Nitschke, dankte der Kirche, die den Danzigern nach ihrer Vertreibung festen Halt geboten habe. Er erinnerte daran, daß der jetzige Apostolische Visitator der Initiator des ersten Gementreffens war.

Dank wurde auch allen denen gesagt, die unseren Weg durch ihr weisendes Wort in Referaten und Arbeitskreisen bestimmt und geprägt haben. Stellvertretend für alle wurde Prof. Lenz-Medoc geehrt.

Daß die Burgbesetzung die Danziger fünfundsiebenzig Jahre ertragen hat, war ebenfalls ein Grund zum Danken. Zwar war die Burgbesetzung in all den Jahren nicht immer dieselbe. Nur einer, Hans Leenen, ist von Anfang an auf der Burg. Für diese ununterbrochene Tätigkeit im Dienste der Jugend hatte er kürzlich das Goldene Ehrenkreuz des BDKJ erhalten. Die Danziger bewiesen ihm ihre Verbundenheit für die lange Weggemeinschaft, indem sie ein Hallingrath-Original der Marienkirche durch Gerhard Nitschke überreichten.

Obwohl es einen großen Stamm von „alten“ Gemenfahrern gibt, findet sich jedoch nur ein einziger, der an allen



Während der Festlichen Stunde: In der Mitte der Vertretung der Freien Stadt Danzig, Willi Hohmeier

25 Treffen teilgenommen hat: Hubert Erb. Auch ihm wurde Dank gesagt, zumal der „Jubilar“ Hubert Erb dem „Jubilar“ Gementreffen immer wieder seinen Dienst angeboten hat: lange Zeit als Schriftleiter von „Wir von der Weichsel“, als Mitglied des Arbeitskreises, als Mitbegründer und Verantwortlicher des „dritten Programms“ für die Kinder. Er erhielt als Erinnerungsgabe ein Album mit Bildern von allen 24 vorangegangenen Gementreffen, in dem nur noch Seite 25 frei war.

Von den Grußworten, die an uns Danziger gerichtet wurden, sei nur erwähnt, was der Rektor der Burg, Walter Suwelack, sagte: Äußerlich verbinde ihn, einen Westfalen, nichts mit den Danzigern. Aber seine Neigung, sich mit der Geschichte zu beschäftigen, habe ihm die Erfahrung eines Verbindenden mit den Danzigern zuteil werden lassen. Gemeinsam sei ihm mit den Danzigern das Bestreben, aus dem Nacherleben der Geschichte heraus die Zukunft zu gestalten.

Eine würdige Umrahmung fand die Festliche Stunde am Sonntagvormittag durch die Darbietung einer vierstimmigen Suite von Melchior Frank aus dem Jahre 1614. Es musizierte ein Kreis von Gementeilnehmern aller Generationen – Erwachsene, Jugendliche und Kinder – bescheiden aber gekonnt.

– ger –

Ein Brief aus Australien

Obwohl mich große Meere von der teuren Heimat trennen, möchte ich doch nicht verpassen, meine herzlichsten Glückwünsche zu dem großen Tag – dem „Festtag zum 25. Gemenjubiläum“ zu senden. Während der hl. Eucharistiefeier werde ich gern meiner lieben Danziger Heimatgenossen in den „Jubiläumstagen“ auf der Burg Gemen gedenken und unserem himmlischen Vater danken für all die Güte und Liebe und Sorge, die wir Danziger Katholiken dort auf der Burg Gemen empfangen haben. Die Burg Gemen hat in etwa ja für die Danziger Vertriebenen versucht, die teure Heimat zu ersetzen, wofür wir Gott und den lieben Menschen Westdeutschlands nicht genug danken können.

Und somit all meinen bekannten und unbekanntem Danziger Heimatgenossen, alles Gute, viel Freude und Gottes Segen für das heutige Treffen auf der Burg und auch weiterhin für die Zukunft. Möge die Burg Gemen noch lange Jahre für unsere Danziger der frohe und beliebte Treffpunkt sein und bleiben. Es sind ungefähr zwei Jahre im August, daß ich persönlich einen

Besuch auf Burg Gemen abstattete. Es war eine überraschende Freude und auch zugleich ein Stolz für mich durch die dortigen Anlagen und in der Burg selbst zu wandern; denn oft habe ich von Gemen gehört und da ich auf meinen Heimaturlaub war, hatte ich die Freude, die Burg zu besichtigen. Freute mich auch mit einigen Danzigern, die nach einer Tagung dort waren, ein paar Worte zu wechseln. Es war ein „einziges Erlebnis“. So kann ich mir das gemütliche Dasein und Zusammenkommen unserer lieben Danziger gut vorstellen und in den „Festtagen“ werde ich gern im Geiste an allen Veranstaltungen teilnehmen. Hoffentlich ist das Wetter auch festlich eingestellt; und dann sind die Teilnehmer zahlreicher. Zur Zeit befinden wir uns im australischen Winter, der sehr kalt sein kann; oft erinnert er mich an die ungemütlichen, naßkalten Novembertage daheim.

Nun, nochmals alles Gute und Gottes Segen.

Sr. M. Ethelredis, m.s.c.
Holy Cross Hospital
3220 Geelong
Vic./Australia



Heinrich Köppler, der bekannte CDU-Politiker, hielt das Festreferat zum Abschluß der Jubiläumstagung in Gemen.

Bei allen Vorträgen war der Rittersaal in Burg Gemen dicht gefüllt, und immer waren die Zuhörer sehr aufmerksam.

Professor Dr. Manthey gestorben



Unser guter Freund und ständiger Mitarbeiter, Professor der Theologie Dr. Franz Manthey ist am 7. August 1971 nach kurzer schwerer Krankheit in Hildesheim gestorben. Er war geistlicher Beirat des Adalbertuswerkes und ist vielen, vielen Landsleuten durch seine zahlreichen Beiträge und Predigten bekannt. In unserem Heimatbrief hat er zahllose Artikel geschrieben. Für uns Danziger in der Bundesrepublik Deutschland hat sein Tod eine Lücke gerissen, die nicht wieder geschlossen werden kann. Der Apostolische Visitator hielt am Mittwoch, dem 11. August 1971, unter Beteiligung zahlreicher Gläubiger und in Anwesenheit des Domkapitels von Hildesheim mit Weihbischof Pachowiak und sehr vielen jüngeren und älteren Priestern in der Kirche des Priesterseminars zu Hildesheim das Pontificalrequiem. Anschließend hat der Regens des Priesterseminars, an dem Professor Manthey bekanntlich als Professor der Theologie lehrte, auf dem St. Magdalenenfriedhof in Hildesheim begraben.

Der Bischof von Hildesheim schrieb aus dem Urlaub an Prälat Wothe einen Brief, der zeigt, wie hoch der Bischof von Hildesheim unseren Landsmann geschätzt hat. Wir erlauben uns, Teile dieses Briefes hier abzudrucken:

„So war doch Deine so ernste Besorgnis um unseren guten Professor Manthey nur zu sehr berechtigt. Der Herr hat ihn nun zu sich genommen.

Meine Besuche an seinem Krankbett hatten eigentlich die Hoffnung auf ein Wiedersehen nach dem Urlaub gefestigt. Er ist ins Seminar nicht mehr zurückgekehrt. Franz Manthey war ein tiefgläubiger und frommer, dabei äußerst nüchterner und realistischer Gelehrter. Vermutlich wird manche Arbeit, die er in seinem unnachahmbaren Fleiß erbrachte, erst nach seinem Heimgang sichtbar werden.

In seiner schlichten, selbstlosen Art, in seinem seelsorglichen Eifer bis ins Gefängnis und in den Dienst an der St. Bernwardsgemeinde hinein und in seiner von großer Verantwortung getragenen Tätigkeit ins Seminar war er ein wirkliches Vorbild. Ihr Danziger verliert einen wertvollen Freund und Helfer in allen Anliegen der Danziger. Die Tragik, die über der Spaltung seiner Familie lag, hat auf eine erschütternde Weise dargetan, daß Vertreibung und Aussiedlung ein furchtbares menschliches Schicksal wird.

Ich weiß, daß ich unserm guten Professor Manthey eine große Freude damit machte, daß wir ihm im Seminar ein Daheim und eine Wirkungsmöglichkeit gegeben haben. Er war dafür immer sehr dankbar. Noch beim letzten Besuch bei ihm sprach er davon und machte deutlich, wie sehr er dem Bischof verbunden war.

All unser Tun und Leben bleibt unvollendet. Nur der Herr kann vollenden. Darum bete ich in diesen Tagen.

Wir sind gestern (Samstag) abends gegen 7 Uhr hier angekommen.

Ich möchte meine Anteilnahme an seinem Heimgang Dir und allen Danziger Freunden bekunden. Sei doch so gut und übermittle meinen stillen Gruß auch allen Verwandten. Nun hat die hochbetagte Mutter ihn noch überlebt.

Morgen werden wir hier die hl. Messe für den lieben Professor halten.

Mit stillem Gruß auch an die Herren des Konsistoriums und an die Danziger Priester und an alle vom Seminar

Dein † Heinrich Maria“

Die Kirchenzeitung für das Bistum Hildesheim brachte in ihrer Nummer vom 15. August 1971 folgenden Nachruf:

Am Samstag, 7. August, starb in Hildesheim Geistl. Rat Prof. Dr. Franz Manthey, Priester der Diözese Kulm (Danzig-Westpreußen), Ehrendomkapitular der Kathedrale von Pelplin, zuletzt Professor für Konfessionskunde und Ökumenismus am Priesterseminar in Hildesheim. Die nachfolgende Würdigung seines Lebens und Wirkens schrieb der Apostolische Visitator der Danziger Katholiken in der Vertreibung

und Leiter des Bischöflichen Seelsorgeamtes, Apostolischer Protonotar Prof. Dr. Franz Josef Wothe.

*

Professor Dr. Franz Manthey ist nach kurzer Krankheit unerwartet gestorben. Er wurde 67 Jahre alt und war 43 Jahre Priester. Geboren in Zaborowo (Westpreußen) entstammte er einer deutschen Lehrerfamilie. Seit 1928 war er am Priesterseminar in Pelpin als Schüler des Religionsphilosophen Franz Sawicki und später als dessen Nachfolger auf dem Lehrstuhl für Grenzfragen zwischen Philosophie und Theologie tätig. Vor zwei Jahren gab ein Verlag in den Vereinigten Staaten das vielleicht bedeutsamste Werk von Manthey (1937 bei Schöningh in Paderborn erschienen) neu heraus: „Die Sprachphilosophie des hl. Thomas von Aquin und ihre Anwendung auf Probleme der Theologie“. Dieses Werk, das in der heutigen Diskussion um philosophische und theologische Sprachstrukturen immer noch eine beachtliche Rolle spielt, ging auf eine Anregung Martin Grabmanns zurück. Manthey war nie ein bloßer „Stubengelehrter“, er suchte auf den Pfaden der Seelsorge immer den Menschen. Deswegen war er in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, als Westpreußen zu Polen gehörte, der geistliche und geistige Motor des „Vereins deutscher Katholiken“ in Polen. Sonntag für Sonntag war er im Dienste dieser Bewegung unterwegs. Da war er in seinem Element und besonders zu jungen Menschen fand er inneren Zugang. Die Katastrophen von 1939 und 1945 hat er nie überwunden. Wer ihn kannte, wußte, daß er innerlich an der Tragödie des deutschen Ostens blutete. 1958 kam er in die Bundesrepublik, da der polnische Staatssicherheitsdienst ihm schwer zusetzte. Seine geistlichen und wissenschaftlichen Freunde in Polen suchten ihn festzuhalten, aber ihm war das Leben unerträglich geworden. Nach vierjähriger Tätigkeit in Münster/Westf. berief ihn Bischof Heinrich Maria 1962 an das

Hildesheimer Priesterseminar. Zahlreiche wissenschaftliche und auch volkstümliche Werke wie „Heimat und Heilsgeschichte“ oder „Kirchengeschichte Polens“ entstanden in diesen Jahren. Seine philosophisch-anthropologischen Studien wie etwa „Künder und Deuter menschlicher Existenz“ (Osnabrück) gehören mit zu den besten Publikationen einschlägiger Fachrichtung. Seine Bibliographie umfaßte mehrere hundert wissenschaftliche Titel. Er war Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Institute und Honorarprofessor an der philosophisch-theologischen Hochschule in Königstein. Dabei war sein stilles, stets bescheidenes Gelehrtenleben auch in den letzten Jahren nicht nur an den Schreibtisch gebunden. Als Prediger und Referent in der religiösen Erwachsenenbildung und in ökumenischen Kreisen war er immer wieder tätig. Sonntags predigte er häufig in der Hildesheimer St.-Bernwards-Kirche. Als geistlicher Beirat des Sozialdienstes Katholischer Frauen befaßte er sich ebenso mit Fragen der Fürsorge und Sozialhilfe wie als Gefängnisseelsorger mit der Betreuung der Untersuchungs- und Strafgefangenen des hiesigen Gefängnisses. Jahrelang war er Beichtvater in der Domkirche. Von der Heimat her war er den Danzigern besonders verbunden. Als geistlicher und wissenschaftlicher Beirat des Adalbertus-Werkes, des Bildungswerkes der Danziger Katholiken, gehen viele Anregungen und Planungen auf seine Initiative zurück, wie er auch durch Wort und Schrift sich für die kulturellen und kirchlichen Belange der Heimatvertriebenen einsetzte. Viele im Bistum und vor allem viele Danziger werden diesen bescheidenen, gütigen und hilfsbereiten Mann in Zukunft vermissen.

*

Es bleibt uns nur eines: Seiner in Dankbarkeit zu gedenken und für ihn zu beten. Die Mitbrüder bitte ich, der heimatlichen Sitte entsprechend, dreimal die Eucharistie für ihn zu feiern.

F.J.W.

ten? Kardinal Wyszyński zeichnete in der Predigt sein Leben nach, ein bewegtes Leben mit vielen und schweren Stationen. Zu den schwersten gehörten sicher die Jahre im Konzentrationslager Dachau. Die Krankheit, die jetzt zum Tode führte, ist auf diese Jahre zurückzuführen. Doch alles, was man über Bischof Nowicki sagen kann, reicht nicht aus, um das aufzuzeigen, was ihn auf allen Höhen und in allen Tiefen seines Lebens erfüllte: die Sehnsucht nach Gott.

Nach Tagen eines schmerzvollsten Leidens und in der Vorahnung seines nahen Todes schrieb es im Warschauer Krankenhaus seinen letzten Hirtenbrief an seine Gemeinde. Noch an der Schwelle zur Ewigkeit führt er sein ihm anvertrautes Volk Gottes voller Zuversicht und gläubiger Hoffnung zum Ziel seiner Sehnsucht. Hier der Wortlaut:

„Meine lieben Diözesanen!

Ich danke Euch für Eure großzügige Mitarbeit. Sie hat die großartigen geschichtlichen Werke ermöglicht: das Priesterseminar, den Wiederaufbau der Kirchen... Ich danke für die Sorge um den Religionsunterricht für unsere Kinder und Jugend, um die Gepflegtheit und Schönheit unserer Gotteshäuser. Das ist meine Freude, wenn ich jetzt zum Herrn gehe. Ich verspreche Euch, für Euch bei dem Herzen Gottes zu beten. Obwohl ich mich mit meinen Diözesanen hier so sehr verbunden fühle, gehe ich mit Freude zu Gott – nach den vielen Meditationen während meines Krankenhausaufenthaltes.

Ich verstehe wohl, daß jeder Vergleich hinkt. Aber das folgende Bild, das ich während meiner letzten Krankheit betrachtete, hat mich freudig ergriffen.

Der Tod ist der Geburt eines Kindes ähnlich. So, wie sich das Kind in dem mütterlichen Schoß glücklich und sicher fühlt und dann, aus seiner vertrauten Welt herausgerissen, sich anfangs ängstigt und schreit. Aber dann, wenn es die Augen öffnet, ist es von der Freude überwältigt, die Schönheit der neuen, anderen Welt zu sehen, für welche es geboren wurde – so geht es auch dem Menschen, der im Antlitz des Todes steht, er will die Welt, seine Welt, nicht lassen. Er kennt diese Welt, fühlt sich in ihr wohl und fürchtet sich vor dem, was nun auf ihn wartet. Wenn er aber schon die Schwelle überschritten hat, erfüllt seine Seele das große Glück, und das heißt: Begegnung mit Gott, „denn was kein Auge geschaut, kein Ohr gehört hat, das hat Gott denen bereitet, die Ihn lieben“ (1 Kor 2, 9).

In Erwartung dieser freudigen Begegnung versichere ich Euch, daß ich in der Hoffnung sterbe, Gott wird mir meine Sünden vergeben.

Gott befohlen!

Edmund Nowicki
Euer Bischof

Warschau, im Krankenhaus,
Plockastraße, 27. 2. 1971.“

Der letzte Brief

Das geistliche Testament von Bischof Nowicki/Danzig

Wir haben über den Tod des Bischofs von Danzig Edmund Nowicki berichtet. Prälat Dr. Stachnik schrieb einen Gedenkartikel, in dem er auch das geistliche Testament des Bischofs erwähnte. Wir wurden gebeten, den vollen Wortlaut zu bringen. Das tun wir gern, und zwar in Verbindung mit einem kurzen Bericht über die Trauerfeierlichkeiten in Danzig.

Die Redaktion

In St. Marien zu Danzig konnte am Nachmittag des 14. März keine Stecknadel zu Boden fallen, so dicht gedrängt standen die 25 000 Menschen, die gekommen waren, um mit Weibsbischof Wronka in Anwesenheit vieler Bischöfe für ihren verstorbenen Bischof Edmund Nowicki die Eucharistie zu feiern. Der weite Platz vor der Kirche war ebenso mit Menschen gefüllt wie die

Kathedrale in Oliva, in der nach der Messe die Beisetzung stattfand. Stunden warteten die Menschen an der kilometerlangen Strecke von St. Marien mitten in der Stadt bis zur Kathedrale in Oliva, um ihrem Bischof auf seinem letzten Weg Ehre zu erweisen.

Wer war dieser Bischof, zu dessen Beerdigung sich an diesem Nachmittag über 100 000 Menschen versammelt hat-

Atheismus bereitet dem Kommunismus den Weg

Entschließung des 21. Kongresses »Kirche in Not«

26 Völker waren durch 300 Teilnehmer am 21. Kongreß „Kirche in Not“ in Königstein/Taunus vertreten. Unter den Teilnehmern: Nuntius Bafile, Vertriebenenbischof H. M. Janssen, Weihbischof Degenhard, Paderborn. Wie in den vergangenen Jahren auch diesmal die lebendige – in Deutschland einzigartige – Begegnung mit den Hirten und Gläubigen der Ostkirchen: Platon Kornylak, Exarch der ukrainischen Katholiken des byzantino-slawischen Ritus, Bischof Sloskans, Bischof von Minsk und Mohilew (Sowjetunion), Bischof Deksnys, Litauen, Archimandrit Mitnacht, Vertreter der orthodoxen und der evangelischen Kirche.

Das große und aktuelle Thema des von Weihbischof Dr. Adolf Kindermann geleiteten Kongresses: „Christentum und Atheismus heute – eine Bilanz“. Wissenschaftliche Analysen und faktenreiche Erfahrungsberichte gaben den Vorträgen Gewicht.

Der Kongreß kam zu folgenden Erkenntnissen:

Der Atheismus ist heute in den kommunistischen wie in den nichtkommunistischen Ländern eine Tatsache, mit der man rechnen muß.

In den Ländern unter kommunistischer Herrschaft wird der Atheismus stärkstens propagiert, und es herrscht nach wie vor keine Religionsfreiheit. Berichte und Diskussionen über die religiöse und politische Lage in den einzelnen Kontinenten machten deutlich, daß, wo immer religiöse Kräfte lebendig sind, dem Kommunismus erheblicher Widerstand entgegengesetzt wird.

In der westlichen Welt macht sich der Atheismus in Theorie und Praxis immer mehr bemerkbar. Er bereitet dem Kommunismus den Weg und gefährdet die Menschenrechte. Je mehr man dem praktischen Atheismus verfällt, desto mehr verliert man den Blick für die Unmenschlichkeit des Kommunismus.

Wir verkennen nicht gewisse Bemühungen zeitgenössischer marxistischer Theoretiker um den einzelnen Menschen. Das unverminderte Festhalten am Atheismus verurteilt diese Bemühungen jedoch immer wieder zum Scheitern.

Im Geiste des 2. Vatikanischen Konzils fordern wir die Christen in aller Welt eindringlich auf, sich mit den Ursachen und Erscheinungsformen des Atheismus auseinanderzusetzen und die Soziallehre der Kirche zu studieren und anzuwenden.

Entscheidend dabei sind ein geist-erfülltes Apostolat und ein gelebtes Christentum.

Wir Christen können unsere Verpflichtungen gegenüber den leidenden Mitmenschen nicht durch bloße Almosen erfüllen. Wir müssen vielmehr zu spürbaren Opfern bereit sein. Nur so sind wir „das Salz der Erde“.

tretern und russisch-orthodoxen Kirchenoberen. In einem Interview mit der italienischen Illustrierten „Oggi“ sagte er von der Kontaktaufnahme zu mehreren Ostblockstaaten, die Probleme seien zum Großteil geblieben, doch sei „der Dialog aufgenommen“ worden. Schwieriger sei das mit Moskau. Die einzige Antwort, die der Vatikan über seine Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Katholiken in der UdSSR erhalten habe, sei, daß man „berücksichtigen“ werde, was der Vatikan den sowjetischen Vertretern unterbreitet habe: „Das ist zweifellos wenig, zu wenig.“

Über die Rußlandvisite Arrupes berichtet die „Neue Zürcher Zeitung“ in einer „ap“-Meldung unter dem 31. August aus Moskau: „Der General des Jesuitenordens, Pedro Arrupe, hat sich am Dienstag von der ‚gewaltigen Gastfreundschaft‘ in der Sowjetunion beeindruckt gezeigt. Er betonte, das 45-Minuten-Gespräch, das er am Montag mit dem Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche, Pimen, führte, sei ‚allgemeiner Natur‘ gewesen. Keine der beiden Seiten habe konkrete Probleme angesprochen. Der Ordensgeneral sagte weiter, er habe Pimen vor allem die Arbeit der Jesuiten erläutert.“

Wer lesen kann, wird aus der Nachricht der „Neuen Zürcher Zeitung“ leicht ironische Untertöne heraushören.

Nach Caserole gehört es zum Stil der gegenwärtigen Vatikan-Politik, „mit allen Beziehungen zu unterhalten, auch mit denjenigen, die uns auf religiösem Gebiet nicht die Antworten geben, die wir wünschen“. Man fühlt sich an ein Schlagwort erinnert, das allerdings bei uns etwas in Verruf gekommen ist: Wandel durch Annäherung.

Worin liegt der Kern der Schwierigkeiten? In der Geschichte des Marxismus-Sozialismus liegt er klar zutage. Der Westen hält sich in seinen diplomatischen Vorstellungen an das Bild eines „gemäßigten Sozialismus“, der Sozialdemokratie etwa, die ein Jahrhundert lang mit der Forderung nach Trennung von Kirche und Staat zugleich die Erklärung verband, Religion sei „Privatsache“. Es war Lenin, der für den Kommunismus dieses Prinzip auf das schärfste verwarf. Für den Kommunismus ist Religion eine Manipulation der Selbstentfremdung. (Marx: Religion ist Opium für das Volk.) Religion bindet die „Unterdrückten“ – das Proletariat – an die Herrschaft; ist eine Macht im Dienste des Kapitalismus und Imperialismus. Deshalb ist – nach Lenin – die Religion unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes auszurotten. Der Schwerpunkt des Kampfes gegen Kirchen und Religionen liegt bei der kommunistischen Partei und ihrer gesellschaftspolitischen und ideologischen Einflußmacht. Mit Stellen des Staates über religiöse Toleranz oder religiöse Gewissensfreiheit verhandeln zu wollen, ist von vornherein aussichtslos.

Dr.F.L.

»... wenig, viel zu wenig«

Welchen Sinn haben Moskau-Reisen kirchlicher Vertreter?

Drei hohe kirchliche Würdenträger haben durch Moskau-Reisen von sich reden gemacht: Kardinal Jan Willebrands, der als Leiter des Sekretariats für die Einheit der Christen für Fragen der Ökumene zuständig ist, Erzbischof Agostino Casaroli, Sekretär des Rates für die öffentlichen Angelegenheiten, „Außenminister“ des Papstes, zuletzt Jesuitengeneral Pedro Arrupe. Über alle drei Besuche berichtete die westliche Presse in Schlagzeilen, vor allem bei Antritt der Reisen, wobei mehr oder weniger deutlich die Vermutung ausgesprochen wurde, Moskau könnte zu einem Dialog mit Rom bereit sein,

vielleicht sogar auf einen Modus vivendi eingehen.

Russische Diplomaten gebrauchen gern Sprichwörter: Wir Deutschen haben das Sprichwort: Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen... Die genannten Moskaureisenden konnten nach ihrer Rückkehr nur wenig erzählen. Bei Willebrands deckten sich die beiden Reisen mit ökumenischen Anlässen: Er nahm an der Beisetzung des verstorbenen russischen Patriarchen Alexius Ende vergangenen Jahres und der Wahl seines Nachfolgers in diesem Jahre teil. Erzbischof Casaroli sprach mit russischen Regierungsver-

Die Aufnahme der Aussiedler

Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Der Geschäftsführende Ausschuß des Zentralkomitees der deutschen Katholiken hat mit Datum vom 14. Juli dieses Jahres eine Erklärung über die Aufgaben der Katholiken bei der Aufnahme der Aussiedler in der Bundesrepublik veröffentlicht, die wir nachstehend unseren Lesern zur Kenntnis bringen, weil wir Vertriebenen durch diese Probleme besonders angesprochen sind. Die Redaktion

Zur Situation

Die Zahl der Aussiedler, die in die Bundesrepublik kommen, wird in diesem und in den kommenden Jahren voraussichtlich anwachsen. Die Aussiedler lebten seit vielen Jahren unter einer ihnen fremden Verwaltung und in einer anderen Gesellschaftsordnung, meist ohne das Recht auf freien Gebrauch der deutschen Sprache und ohne deutsche Schule für ihre Kinder.

Die Aussiedler kommen meist völlig mittellos aus einem Land, das ihnen nicht mehr Heimat war, in ein Land, das ihnen noch nicht Heimat ist. Unsere politische, soziale und kulturelle Welt ist ihnen in vielem fremd. Sie bringen andere Leitbilder und Lebenserfahrungen mit. Ihre Glaubenshaltung findet vielfach einen andersartigen Ausdruck. Die liturgischen Reformen sind den meisten unbekannt. Die positiven und negativen Realitäten einer freiheitlich-demokratischen Ordnung sind ihnen ungewohnt und zum Teil zunächst auch nur schwer verständlich. (Wettstreit der Meinungen, harte Auseinandersetzungen, offenes Agieren von Interessenverbänden, Auswirkungen der Pressefreiheit). Auch in der Berufswelt gibt es nicht geringe Eingliederungsprobleme. Besonders die jungen Aussiedler bedürfen der aufgeschlossenen Kameradschaft und des Verständnisses ihrer Umgebung. Sie sind nach anderen Bildungsgrundsätzen und zu anderen nationalen Ansichten erzogen worden. Wir müssen dafür Verständnis aufbringen, daß sie sich nicht ohne Prüfung auf die neue Umwelt umstellen wollen.

Bei manchen Aussiedlern besteht die Neigung zu Illusionen über die Vorzüge der Freien Welt. Daraus folgt oft Ernüchterung. Anfängliche Begeisterung für ein scheinbar sorgloseres Leben kann umschlagen in Angst, Resignation, Verbitterung und Apathie, wenn sich der Aussiedler unverstanden bzw. nicht ernstgenommen fühlt.

Die Aufgaben der Pfarrgemeinden und Verbände

Wenn auch in erster Linie die Behörden und die Caritas für die soziale Hilfe „zuständig“ sind, so ist die zusätzliche allseitige Sorge der Pfarrgemeinde auch in diesem Bereich von großer Bedeutung. Die Pfarrgemeinden und Verbände sollten verhindern, daß sich die Aussiedler in eine Außenseiterposition oder in ein Getto abgedrängt fühlen, was ihnen schmerzlicher als frühere Be-

drängnisse erscheinen würde. Die Aussiedler verlangen nach Partnerschaft und benötigen Hilfe: Wegen sprachlicher Schwierigkeiten, wegen anfänglicher Zurückhaltung und kritischer, manchmal verbitterter Distanz, wegen des starken Drangs, sich äußerlich rasch der Wohlstandsgesellschaft anzupassen. Auch wegen ihrer eigenen, oft sehr wertvollen Formen der Frömmigkeit und des Brauchtums sollen sie nicht als Fremde behandelt werden.

Durch ihre Vertrautheit mit unseren östlichen Nachbarländern, mit deren politischen Verhältnissen und deren Kultur, und dank ihrer sprachlichen Kenntnisse sind die Aussiedler nicht nur Nehmende, sondern auch Gebende. Der menschliche Kontakt in der Pfarrgemeinde und in den katholischen Vereinen und Verbänden soll ihnen in jeder Form erleichtert werden. Dazu können helfen: Übernahme von Freiabonnements von Kirchenzeitungen, kostenlose Verteilung von Gebet- und Gesangbüchern, Bücherspenden, Hausrats-hilfen, Freiplätze in Kindergärten und bei Erholungs- und Jugendfreizeiten sowie persönliche Einladungen.

Darüberhinaus haben aber die Pfarrgemeinden und die katholischen Verbände auch eine Verantwortung bei der sozialen und wirtschaftlichen Eingliederung. Sie können Hilfe und Beratung leisten: durch Vermittlung angemessenen Wohnraums und eines Arbeitsplatzes ohne sozialen Abstieg, bei den oft schwierigen Verfahren zur Erlangung von Renten-, Sozial- und Lastenausgleichsleistungen und von Wohn-geld, durch Hinweise auf Förderschulen und Internate sowie auf die Struktur unseres Schulwesens und die Verschiedenartigkeit der beruflichen und schulischen Ausbildung.

Ein großer Teil der Förderschulen für Aussiedler wird von kirchlichen Stellen geleitet. Sie brauchen mit überregionaler Hilfe eine Erneuerung der Ausstattung und benötigen oft noch geeignete Lehrer und Sozialarbeiter.

Die Aussiedler fühlen sich den dort verbliebenen Landsleuten vielfach eng verbunden. Sie erwarten von uns die christliche Solidarität im Eintreten für deren Menschenrechte, für deren religiöse Freiheit, für die Zulassung ihrer Muttersprache in Schule und Gottesdienst, für die Freizügigkeit bei Besuchsreisen und bei Änderungen des Wohnsitzes. Sie erwarten auch, daß

wir ihnen helfen, Pakete, Medikamente und geeigneten Lesestoff an Verwandte und Bekannte aus ihren Herkunftsländern zu schicken.

Bitten an kommunale und staatliche Stellen

Da die soziale und wirtschaftliche Eingliederung vornehmlich Aufgabe des Staates ist, richten wir an Bund, Länder, Kreise und Gemeinden folgende Bitten:

- um ausreichende und rasche Bereitstellung von Wohnungsbaumitteln, die tatsächlich der Wohnungsversorgung der Aussiedler direkt oder im Tausch mit bestehendem Wohnraum zugute kommen sollen,
- um Verbesserung der Vorschriften über den Garantiefonds des Bundesjugendplanes zur Sicherung des Aufenthaltes in den Internaten der Förderschulen,
- um eine Einigung der Länder über die gerechte und gleiche Bewertung der beruflichen und schulischen Qualifikation aus den verschiedenen Herkunftsländern,
- um Förderung und Anerkennung der Sprachkenntnisse der jungen Aussiedler,
- um Anerkennung der bisherigen schulischen und akademischen Ausbildung und eine erleichterte Eingliederung in unsere Ausbildungssysteme,
- um eine angemessene berufliche Eingliederung auch der Akademiker, der freiberuflich Tätigen, der Handwerker und der technischen Fachkräfte, die vor der Aussiedlung ihre Ausbildung abgeschlossen haben.

Es ist unsere Aufgabe als Katholiken, den Aussiedlern Mitgefühl und Brüderlichkeit entgegenzubringen und nicht durch unsere Unterlassungen ihre Eingliederung zu erschweren.

Carl Mosterts - Wegbereiter kath. Jugendarbeit

Am 25. August 1971 jährte sich zum 45. Male der Todestag Carl Mosterts, dem großen Reformers katholischer Jugendarbeit.

Carl Mosterts wurde am 28. Oktober 1874 in Goch geboren. Seine Jugend verlebte er in Düsseldorf und Rees. Die schulische Ausbildung brachte er im Jesuitenkolleg in Feldkirch hinter sich. Da er Priester werden wollte, vollendete er seine Studien an den Universitäten Freiburg, Innsbruck und Bonn. Am 24. August 1900 wurde er von Erzbischof Simar zum Priester geweiht. Seine erste Kaplanstelle hatte er an St. Maximilian in Düsseldorf. Mutig und doch vorsichtig bahnte er für sich und seine Mitbrüder in der Großstadt neue Wege der Jugendseelsorge. Dabei hielt er stets an dem Grundsatz fest, den man bei manchen Priestern vermißt: „Ein Priester muß mehr durch sein Beispiel als durch Worte die Jugend zu Christus führen.“

Im Jahre 1908 gründete er in Düsseldorf den „Katholischen Jungmänner-Verband Deutschlands“, deren Generalsekretär er wurde. 1913 übernahm er das Amt des Generalpräses. Der „Katholische Jungmänner-Verband Deutschlands“ ist der Vorläufer des heutigen „Bundes der Deutschen Katholischen Jugend“ (BDKJ).

Obwohl er krank war, schonte er sich nicht, sondern gründete 1920 die Deutsche Jugendkraft (DJK). Sie galt nicht nur für etwas besonderes, sondern für etwas revolutionäres. Dieser Verband gilt auch heute noch zur Förderung des Sports in den katholischen Verbänden.

Unbeirrt ging Carl Mosterts seinen Weg. Vorträge und Beratungen führten ihn durch ganz Deutschland und ins Ausland. Sein Name war ein Begriff in der katholischen Jugendarbeit.

Durch seine Ernennung zum Päpstlichen Geheimkämmerer fanden seine Leistungen um die Jugendarbeit eine gebührende Anerkennung. Als er am 25. August 1926 starb, verlor die damalige Jugend ihren Wegbereiter. Sie hätte ihn sehr im Dritten Reich gebraucht.

Im Gedenken aber lebt dieser große Jugendpriester und -führer heute noch weiter. Ihm zu Ehren benannte unsere Patenstadt Düsseldorf den Platz vor dem Jugendhaus, wo sich die Hauptstelle des BDKJ befindet, „Carl-Mosterts-Platz“.

— adgo —

Kranzniederlegung am Grab unseres Bischofs

Im Auftrage unseres Apostolischen Visitators, Prälat Prof. Dr. Franz Josef Wothe, des Adalbertus-Werkes und der Adalbertus-Jugend, legten Vertreter der beiden letztgenannten Verbände aus Anlaß des Goldenen Priesterjubiläums unseres Heimatbischofs Dr. Carl Maria Splett am 10. Juli an dessen Grab in der St.-Lambertus-Kirche zu Düsseldorf einen Kranz nieder.

Zuvor hatten schon Angehörige und Freunde durch reichen Blumenschmuck das Grab des großen Verstorbenen für diesen Gedenktag festlich geschmückt.

In der Festschrift zum 25. Gementreffen haben wir bereits ausführlich über das Priesterjubiläum berichtet.

Stadtdechant Msgr. Werner Dreßen wies in der vorgezogenen Sonntagsmesse ebenfalls auf das Jubiläum des hier ruhenden Verstorbenen hin.

Würde unser Bischof noch lebend unter uns weilen, so hätte sich die große Danziger Familie an diesem Tag in Düsseldorfs ältester Kirche, die unserem Bischof so lieb und vertraut geworden war, versammelt, um mit ihm gemeinsam seinen Jubeltag festlich zu begehen, wie wir es aus Anlaß seines Silbernen Bischofsjubiläums getan haben. Da Gott ihn aber zu sich gerufen hat, konnten wir nur im Gebet seiner gedenken.

— adgo —

Fürbitte einer Frau und Mutter

Du gütiger Gott
 Du lebendiger Gott
 Sei allen Frauen und Müttern nahe
 Sei jenen Frauen und Müttern besonders nahe
die das Kreuz
 einer zerstörten Ehe allein tragen müssen
 Viel namenloses schweigend getragenes Leid
 gibt es da
 auch in unserer Gemeinde
 Sei auch allen Frauen und Männern nahe
 die in einer sogenannten ungeordneten
 Ehe leben
 Laß sie erkennen durch den Geist, der hier in unserer Gemeinde
 lebendig ist
 daß wir sie gerne in unsere Gemeinschaft aufnehmen
 und laß sie durch uns erkennen
 daß du kein juristischer Gott bist
 sondern ein Vater aller
 und keinen aus Deiner Liebe ausschließt
 Wir bitten Dich
 Gott
 für alle Frauen, die ihre Kinder vor Hunger sterben sehen
 Wir bitten Dich für alle
 einsamen Frauen
 für alle alleinstehenden Frauen
 in unserer Gemeinde gibt es sehr viele
 Gib, daß unsere Kinder
 im Frieden leben und heranwachsen können
 Schenke ihnen eine menschenfreundliche Zukunft
 Nimm von unserer Gesellschaft das Kreuz
 der Brutalität
 die den Mammon als oberstes Lebensprinzip wertet
 Laß unsere Kinder nicht im Geiste dieses widermenschlichen
 Kultes umkommen
 Wir sind allein zu schwach
 unsere Kinder vor diesem Geist zu schützen
 Dieser Geist ist wie eine Übermacht
 dem wir ausgeliefert zu sein scheinen
 Sei Du uns nahe
 lebendiger Gott
 Amen!

Fürbitte eines Vaters

Gott
 Du hast uns aufgegeben
 Deine Schöpfung zur Vollendung zu führen
 Deine Welt brodeln unter unseren Händen
 bis in unsere Familien hinein brodeln Deine Welt
 Gutes, Großartiges kündigt sich an
 wir freuen uns
 wie auch der Geist neu über den Wassern der Kirche brütet
 Gutes und Schlechtes brodeln noch durcheinander
 Gib uns Geduld
 Gib uns den Geist der Unterscheidung
 Mach uns wach
 Du hast uns nicht in diese Stunde der Weltgeschichte gestellt
 nur um zuzusehen
 Du willst daß wir diese Zeit auskaufen
 Sie ergreifen
 Du willst daß wir in Vertrauen zu Dir
 in die Zukunft voranschreiten
 Du bist ja der Vater unserer Zukunft
 Amen!

Fragen der Umsiedlung

Für viele Deutsche in unserer Heimat ist jetzt der Augenblick gekommen, wo sie sich sagen müssen: „Offensichtlich werden die Gebiete, die wir so lange gehalten haben, doch jetzt endgültig polnisch, und wir ziehen es in dieser Stunde vor, nach Deutschland umzusiedeln.“ Wir bekommen manche Briefe, die in diesem Sinne geschrieben sind. Im Vertrag mit Warschau ist die Umsiedlung vorgesehen, aber es gibt noch sehr viele Schwierigkeiten: finanzielle, technische, organisatorische, aber auch familiäre und nicht zuletzt Schwierigkeiten vom Eigentum her, das die Aussiedler bekanntlich nicht mitnehmen dürfen. Niemand weiß, wieviele kommen dürfen. Einzig und allein das Rote Kreuz, und zwar das Polnische und das Deutsche Rote Kreuz führen Verhandlungen, die nähere Einzelheiten feststellen sollen. Ende April fand eine Gesprächsrunde zwischen den Vertretern des Polnischen und des Deutschen Roten Kreuzes in Warschau statt. Es ist bemerkenswert zu lesen, was dort ausgehandelt wurde:

„Auf deutscher Seite nahm diesmal ein Beamter des Auswärtigen Amtes teil. Die polnische Verhandlungsdelegation gab eine Erklärung ab, welche die nachstehenden sieben Punkte umfaßt:

1. Die in der polnischen ‚Information‘ enthaltene Zusage beschränkt sich nicht auf Familienzusammenführung, sondern bezieht auch die Ausreise von Personen ein, die sich auf ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volke berufen und dies mit objektiven Merkmalen begründen können.
2. Personen, die keine Angehörigen in der Bundesrepublik haben, brauchen ihrem Antrag keine „Einladungen“ beizufügen. Sie geben statt deren eine Erklärung ab, daß sie keine Angehörigen in der Bundesrepublik Deutschland haben.
3. Damit die Ausreisebewerber ohne Angehörige in den Besitz der erforderlichen Reisedevisen und der Zusage auf

Einreisegenehmigung in die Bundesrepublik kommen, werden sie die polnischen Behörden an das Traveller Permit Office Warschau verweisen. Dieses unterrichtet die zuständigen deutschen Stellen.

4. Schwierigkeiten, die selbständigen Landwirten dadurch entstanden sind, daß sie einen qualifizierten Nachfolger benennen müssen, ehe sie ihre Wirtschaft dem Staat übertragen, werden in allernächster Zeit nicht mehr bestehen. Die zuständigen Staatsorgane werden bei der Auswahl eines qualifizierten Nachfolgers mitwirken.

5. Betriebe und Büros können nicht ablehnen, einem Ausreisebewerber die für die Antragstellung erforderliche Arbeitsbescheinigung zu geben. Erst bei Aushändigung des Passes muß der Umsiedler eine Unterlage über seine Entlassung aus dem Betrieb oder Büro vorlegen. Die Entlassung kann nicht verweigert werden; denn in Polen herrscht kein Arbeitszwang. Natürlich müssen Kündigungsfristen eingehalten werden (zwei Wochen für Handarbeiter, drei Monate für Büroangestellte). Leitende Angestellte, insbesondere solche, die Vertrauensstellungen innehaben, müssen mit einer zwischenzeitlichen Beschäftigung in minderer Arbeit rechnen. Bei der Entscheidung über den Termin, zu dem die Ausreise genehmigt werden kann, können nicht nur die Wünsche des Ausreisebewerbers, sondern müssen auch die Interessen der Wirtschaft berücksichtigt werden. Man strebt an, daß jeweils in Gesprächen zwischen Ausreisebewerbern und Personalleitungen auf pragmatische Weise Übereinkünfte erzielt werden.

6. Das Polnische Rote Kreuz wünscht, die „Bescheinigungen“, in denen das DRK die ihm bekannten Ausreisebewerber nominiert, möglichst bald zu haben.

7. Das Polnische Rote Kreuz wird auf unsere Nominierung („Bescheinigungen“) antworten, ob die Ausreise genehmigt oder ob der Antrag abgelehnt worden ist. Die Ablehnungsgründe werden mitgeteilt, so daß in Rotkreuz-Besprechungen Elemente, die bei der Ablehnung eines Gesuches möglicherweise nicht berücksichtigt worden sind, noch einmal erörtert werden können.“

Am schwarzen Brett

Bildungstagungen des Adalbertus-Werkes

26. September 1971 Bildungstagung in Hamburg

Tagungsort: Pfarrheim St. Sophien, Hamburg-Barmbeck, Ecke Weidestraße/Elsastraße
Thema: „Historische Bauten am Weichsellau“
Beginn: 15.00 Uhr mit der „Vesper“ in St. Sophien (mit Ansprache)
Ende: ca. 18.30 Uhr

10. Oktober 1971 Tagung des Apostolischen Visitators in Stuttgart

17. Oktober 1971 Bildungstagung in Freiburg

Nähere Angaben in der persönlichen Einladung

17. Oktober 1971 Bildungstagung in Köln

Tagungsort: Karl-Josef-Haus, Köln, Am Bahnhof
Themen: „Der Deutsche Ritterorden – Westpreußen und Danzig“
„Historische Bauten am Weichsellau“
Beginn und Ende werden aus der persönlichen Einladung zu ersehen sein.

24. Oktober 1971 Bildungstagung in Bremen

10.00 Uhr Vortrag Herr Posack
„Danzigs Kampf um seine Selbständigkeit“
14.00 Uhr Vesperandacht
15.00 Uhr Farbtonfilm
„Danzig, Bilder und Dokumente einer Stadt“
Vortrag und Film in der Gaststätte „Verein Vorwärts“ in der Sandstraße. Vom Bahnhof mit Straßenbahn 1 und 5 in Richtung Stadtmitte bis Domsheide und zwischen Rathaus und Dom ca. 200 m rechts. – Vesper in der Propsteikirche St. Johann in der Klosterkirchenstraße. Auch bis Domsheide und von dort nur über die Straße die Stufen hinunter. Gelegenheit zur Hl. Messe in St. Johann 8.50 und 18.00 Uhr.

Der „Heimatbrief“ der Danziger Katholiken wird herausgegeben und verlegt vom Apostolischen Visitator der Danziger Katholiken, Prälat Prof. Dr. Wothe, 32 Hildesheim, Hückedahl 12.

Versandstelle: 32 Hildesheim, Hückedahl 12.

Redaktion: 32 Hildesheim, Ehrlicherstraße 12.

Druck: Johannes Fikuart, Hildesheim.

Verantwortlich für den Inhalt: Edgar Lipscher, 32 Hildesheim, Ehrlicherstraße 12.

AUS UNSERER GROSSEN FAMILIE

Hochzeit

Giovanni Dragano und Karin geb. Schmitz spendeten sich das Sakrament der Ehe am 13. August 1971 in der St.-Klemens-Kirche zu Solingen. Frau Karin Dragano geb. Schmitz ist eine Nichte des durch ihre Tätigkeit für das Adalbertus-Werk gut bekannten Fräulein Gertrud Salewski. Die besten Glück- und Segenswünsche!

Goldene Hochzeit

Am 8. November 1971 feiern Eheleute W. und A. Götz, 24 Lübeck, Ratzeburger Allee 20 A, goldene Hochzeit. W. geboren 8. September 1890 und A. geboren 30. Dezember 1890. Der Heimatbrief gratuliert recht herzlich.

Geburtstage

Am 26. Juli feierte Frau Anna Lewanczik geb. Freyer aus Danzig-Oliva, Ludolfinerstr. 26, jetzt wohnhaft in Damme/Oldenburg, Glückaufsiedlung, Goethestr. 13, ihren 95. Geburtstag, wozu auch ihre Tochter Sr. Berchmans aus Odense/Dänemark gekommen war. Wir senden ihr nachträglich in Verbundenheit recht herzliche Glück- und Segenswünsche.

Frau Wanda Neudeck geb. Proch, früher Danzig-Oliva, Jahnstr. 20, feiert am 12. September in Essen/Westf., St.-Anna-Heim, Sälzerstr., ihren 90. Geburtstag. Mit ihr freuen sich ihre beiden Kinder, zwei Schwiegerkinder, sieben Enkel und acht Urenkel. Auch vom „Heimatbrief“ die herzlichsten Glück- und Segenswünsche!

Frau Auguste Krause, geb. Miotke, früher wohnhaft in der St. Franziskus-gemeinde Emaus an der Bäke 38, jetzt wohnhaft bei ihrer Tochter Frau Helene Wandtke, 44 Münster/W. Geiststr. 48 vollendet am 24. September 1971 ihr 90. Lebensjahr. Wir sprechen der alten Jubilarin auch auf diesem Wege unsere herzlichsten Glückwünsche aus.

Am 28. Oktober 1971 feiert Frau Helena Henning, geb. Zimmer ihren 80. Geburtstag. In der Heimat wohnte sie mit ihrer Familie im Hause ihrer Eltern, des Drahtfabrikanten Franz Zimmer und seiner Ehefrau Veronika, geb. Preuss. Sie gehörte bis zur Vertreibung zur St.-Nikolai-Gemeinde. Seit dem Tode ihres Ehemannes Emil Henning, der am 17. Dezember 1970 verstorben ist, verbringt sie ihren Lebensabend bei guter Gesundheit im DRK-Alten- und Pflegeheim, 242 Eutin/Holst. Waldstraße 4. Unserer treuen Leserin die besten Glück- und Segenswünsche!

Am 11. September 1971 vollendete Frau Margarete Golm geb. Steffanowski im Kreise ihrer Familie ihr 70. Lebensjahr. Noch viele Jahre bester Gesundheit wünschen ihr auch auf diesem Wege ihr Ehemann Paul, die

Söhne Erwin, Helmut und Gerhard, die Schwiegertöchter Christel, Hilde und Uschi sowie die Enkel Adalbert, Andreas, Christoph, Elisabeth, Hartmut und Martin. Frau Golm wohnte früher in Danzig-Oliva, Güntershofer Promenade 14, jetzt 4 Düsseldorf, Weselerstr. 3. Auch vom „Heimatbrief“ viele gute Wünsche.

Am 21. September vollendete der Elektromeister i. R. Bernhard Fauth sein 86. Lebensjahr. Aus der Ferne gratulieren 7 Kinder, 17 Enkel und 14 Urenkel nebst vielen Verwandten und Freunden und wünschen dem Jubilar noch viele schöne Jahre bei guter Gesundheit. Früher Danzig, Brotbän-kengasse 3, jetzt 2432 Lensahn, Dr.-Julius-Stinde-Straße 11. Der „Heimatbrief“ schließt sich diesen guten Wünschen an.

Frau Margarethe Lewanczeck geb. Febra aus Danzig-Langfuhr, Mirchauerweg 26, jetzt 24 Lübeck, Hühstr. 13, wird am 14. September 1971 75 Jahre alt. Ihren Mann verlor sie 1945 in der Heimat. An Frau Lewanczeck senden wir in heimatlicher Verbundenheit herzliche Grüße und wünschen viel Glück und viel Segen.

† Selig, die im Herrn sterben †

Gott der Allmächtige rief Frau Helene Güldner, geb. Kucharski, geboren 16. 10. 1882, verstorben am 14. 8. 1971, nach langem, schwerem, in Geduld ertragenem Leiden, versehen mit den heiligen Sakramenten der römisch-katholischen Kirche, zu sich in die Ewigkeit. Im Namen der Hinterbliebenen: Hans, Katharina und Margot Güldner, Aachen, Im Grüntal 55.

Nach Gottes heiligem Willen entschlief am 24. 8. 1971 plötzlich und unerwartet in Düsseldorf Albert Zwingmann, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten der röm.-kath. Kirche, im Alter von 67 Jahren. In stiller Trauer im Namen aller Angehörigen: Anna Zwingmann, geb. Lange, Kinder und Enkelkinder, Düsseldorf Nord, Oldenburger Straße 18. Albert Zwingmann wohnte früher in Danzig-Neuteich. An den Düsseldorfer Veranstaltungen der Danziger Katholiken nahm er stets aktiven Anteil. R.I.P.

Am 17. Juli 1971 entschlief nach kurzer Krankheit, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, unsere liebe gute Mutter, Frau Marie Samson geb. Ritter im Alter von 83 Jahren in Telgte/Westf. Dieses zeigen in tiefer Trauer an mit der Bitte um ein Gebet Paul Samson, 2057 Wentorf b. Hamburg, Reinbeker Weg 52 d und Frau Hedwig Wittbrodt geb. Samson, 4404 Telgte/Westf., Brefeldweg 11. Die Verstorbene gehörte in der alten Heimat seit 1911 zur Pfarrei St. Brigitten. R. I. P.

Klemens Rosentreter †

Am 10. 8. 1971 verstarb der Sonderschulrektor i. R. Herr Klemens Rosentreter.

Als Sohn der Eheleute Josef Rosentreter und Agnes Thiel am 25. Juli 1894 in Abrau, Kreis Tuchel/Westpr. geboren, empfing er durch Heimat und Elternhaus die entscheidende Prägung für sein ganzes Leben. Der Wunsch, seinen Mitmenschen zu dienen, und seine pädagogische Begabung ließen ihn den Lehrerberuf ergreifen. Am 30. September 1918 gründete er durch seine Eheschließung mit Anna Warnke eine christliche Familie, in der sich nach und nach sechs Kinder einstellten.

Klemens Rosentreter war Lehrer aus Berufung. Zugleich erfüllte ihn die heilige Unruhe, denen zu dienen, die auf der Schattenseite des Lebens stehen. Von seiner Hilfsschullehrerprüfung an bis zu seinem letzten Atemzug widmete er seine reichen Kräfte den lernbehinderten und minderbegabten jungen Menschen. Als er nach jahrzehntelanger Tätigkeit als Sonderschullehrer und -rektor pensioniert wurde, war das für ihn kein Übergang in den Ruhestand, sondern das Freiwerden für eine Aufgabe, die ihm besonders am Herzen lag. Er übernahm das Erbe der Gründerin des „Hilfswerkes für schulentlassene Jugendliche der Sonderschule e. V.“ Anna Roles. Nach ihrem Tod gründete er ein Ausbildungsheim für diese Jugendlichen. Es war das erste seiner Art in ganz Deutschland. Diesem Werk stand er bis zu seinem Tode vor.

Den Danziger Katholiken war Klemens Rosentreter als Mitarbeiter in der Regionalleitung des Raumes Aachen eng verbunden. Rektor Rosentreter war ein Verwandter des letzten deutschen Bischofs von Kulm.

Der Heilige Vater anerkannte 1968 das vielfältige caritative Wirken des Verstorbenen durch die Verleihung des Päpstlichen Ehrenkreuzes Pro Ecclesia et Pontifice.

Während einiger Urlaubstage in der Eifel erkrankte der bis dahin erfreulich Rüstige unerwartet schwer. Im Krankenhaus zu Simmerath verschied er am 10. August 1971. Zum letzten Gang stärkte ihn die Gnadenkraft der heiligen Sakramente, wie er sein ganzes Leben lang aus der täglichen Mitfeier des heiligen Opfers Kraft zum Wirken und Ertragen schöpfte.

Die ihm nahestanden hoffen und beten, daß er bald das Wort hören darf: „Komm, du guter und getreuer Knecht, geh ein in die Freude deines Herrn!“ R. I. P.

24 + □ = 25

HEITERE IMPRESSIONEN



Auch E. E. war beim geselligen Abend gesellig dabei.



Zum Silbernen Jubiläum gastierte auch ein Kabarett in Gemen.
v. l.: Franz-Martin Neudeck, Winfried Derow und Gerhard Erb.



Na denn Prost! Beim geselligen Abend auf der Burg: Herr Neudeck, Frau Nitschke und Frau Neudeck.



Lustig, lustig... Geselliger Abend auf Burg Gemen.



Was gibt's denn da zu lachen? Schöpferische Pause im Burghof.